

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 48 vom 30. November 1979

13. Jahrgang

1 DM

Ebbe auf den Lohnkonten — Konzerne schwimmen in Geld!

Jetzt den Reallohnabbau stoppen!

Lohnrunde 1980 beginnt. Ende Januar läuft Metalltarif aus!

DÜSSELDORF.— Die Lohnrunde 1980 steht unmittelbar vor der Tür. In der Metall- und Stahlindustrie laufen die Tarife am 31. Januar aus. Es wird Zeit, den Bossen und Bonzen Dampf zu machen! Denn die rücksichtslose Preistreibelei der Ölmultis und der anderen Kapitalisten hat in die Haushaltskasse der Arbeiter und kleinen Angestellten ein böses Loch gerissen.

Die amtliche Preisstatistik bezieht die Erhöhung der Lebenshaltungskosten seit Jahresfrist gegenwärtig mit ca. 6 Prozent. Aber das ist eine manipulierte Zahl. Nach Berechnungen der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten (RGO) waren die Lebenshaltungskosten im Oktober gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um rund 12,5 Prozent gestiegen.

Deshalb bedeuten Forderungen, die noch unter der 12-Prozent-Schwelle liegen, daß ein Sinken des Lebensstandards für die Arbeiter und kleinen Angestellten vorprogrammiert wird.

Genau das tun die DGB-Bonzen. IGM-Chef Loderer hat bereits zu erkennen gegeben, daß er eine Forderung von etwa 9 Prozent im Auge hat. Der Abschluß soll dann — das kennt man ja — noch dementsprechend niedriger liegen!

Und das, nachdem sich die DGB-Führer im Sommer geweigert hatten, einen Nachschlag zu fordern. Sie vertrösteten uns damals auf die Tarifrunde.

Warum soll denn der Arbeiter eine Verschlechterung seiner Lebenslage hinnehmen? Warum soll er Lohnverzicht üben?

In der letzten Ausgabe von *Metall* (Mitgliederzeitung der IGM) wird festgestellt: Die

Unternehmen der Bundesrepublik machen im Schnitt wieder Gewinne wie vor der Rezession; nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank schwimmen sie förmlich im Geld.

Soll uns doch keiner mehr erzählen, durch Lohnverzicht würden unsere Arbeitsplätze gesichert oder die Preisstabilität bliebe gewahrt! Alle Erfahrungen beweisen: diese Propaganda dient einzig der grenzenlosen Profitgier der Industrie- und Bankkönige, die auf Kosten der Werktätigen noch mehr Milliarden scheffeln wollen.

Für die Arbeiter und Angestellten heißt es jetzt: Am Ball bleiben: Forderungen aufstellen; gemeinsam beraten; alles tun, damit diesmal eine möglichst hohe Lohnforderung steht. Der Reallohnabbau muß gestoppt werden!

Rechtsstreit: CSU-Vorsitzender gegen 1. Sekretär der Roten Garde

Teilerfolg errungen

Urteilsverkündung am 14. Dezember

NÜRNBERG.— Am Freitag, den 23. November wurde vor der Zivilkammer des Landgerichts München die von Strauß beantragte Einstweilige Verfügung gegen den 1. Sekretär des Zentralkomitees der Roten Garde, Genossen Reinhard Haneld und die Genossin Verena Wiechern, presserechtlich verantwortlich für verschiedene Flugblätter der KPD/ML, verhandelt.

Die Einstweilige Verfügung untersagt den beiden Genossen unter anderem Strauß als den „Hitler von heute“ zu bezeichnen oder zu publizieren, „wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg“. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis 500.000 Mark bedroht.

Die Anwälte der Genossen Reinhard und Verena hatten einen umfangreichen Schriftsatz eingereicht, der Punkt für Punkt beweist, daß der Erlaß der Einstweiligen Verfügung durch das Nürnberger Landgericht jeder Grundlage entbehrt.

Im Laufe des Verfahrens unterbreitete das Gericht den Prozeßbeteiligten einen Vergleichsvorschlag. Die Genossen

Reinhard und Verena sollen in Zukunft unterlassen, Strauß als den „Hitler von heute“ zu titulieren bzw. ihn als einen Mann nach der Art Hitlers bezeichnen; dagegen sei gegen die Formulierung, „wer Strauß wählt, wählt Faschismus und Krieg“ nichts einzuwenden. Ohne zu zögern wiesen die Genossen den Vergleichsvorschlag zurück.

Immerhin zeigt der richterliche Vorschlag, daß der umfangreiche Schriftsatz, der ausführliches Beweismaterial über die politische Rolle des Kanzlerkandidaten enthält, nicht spurlos am Gericht vorbeigegangen ist. Die Urteilsverkündung wurde auf den 14. Dezember festgelegt.

In dieser Woche feiert das albanische Volk den größten Sieg in seiner Geschichte, die Befreiung vom Joch der in- und ausländischen Unterdrücker. Am 29. November jährt sich zum 35. Mal der Tag, an dem — nach der Vertreibung der deutschen Besatzertruppen — die Volksmacht errichtet wurde.

In diesen 35 Jahren hat sich Albanien unter der Führung der Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze aus dem ehemaligen Armenhaus Europas in ein blühendes Industrie-Agrarland verwandelt. Das sozialistische Albanien ist unberührt von der kapitalistischen Krise, die sich von Jahr zu Jahr verschärft. Die albanischen Werktätigen kennen weder Arbeitslosigkeit noch Preiserhöhungen und Inflation. Alle Steuern und sonstigen Abgaben sind schon vor zehn Jahren endgültig abgeschafft worden.

Ein großartiges Beispiel für die Stärke des sozialistischen



Studenten beginnen in dieser Woche mit bundesweiten Streik- und Aktionstagen. Studentenschaften von 53 Fachhochschulen beteiligen sich an den Kampfmaßnahmen. Die Studenten wehren sich, daß die Fachhochschulausbildung auf sechs Semester Regelstudienzeit gekürzt werden soll und daß ihr Studium in Zukunft nicht mehr zum Universitätsstudium berechtigen soll. Weiter wenden sie sich gegen den ständigen Abbau demokratischer Rechte. In Hamburg, Bremen, Mainz, Hannover, München, Kiel und Düsseldorf werden Demonstrationen durchgeführt.

Carter-Regierung verschärft ihren Kurs Neue Kriegsdrohungen gegen den Iran

WASHINGTON/TEHERAN.— Obwohl in der letzten Woche verschiedene Anzeichen erkennbar waren für den Versuch des islamischen Rats im Iran, die weitere Zuspitzung der Irankrise durch Einlenken zu vermeiden, setzten die USA-Imperialisten ihre Kurs militärischer Drohungen fort.

Ungebremsst wurde in den USA selbst und den meisten NATO-Staaten eine breite Kampagne zum Aufpeitschen der Emotionen der Bevölkerung durchgeführt, mit dem Ziel eine regelrechte Massenhysterie und pogromartige Zustände zu schaffen, was in den USA teilweise gelang.

Diese Situation wird gebraucht, um die Politik militärischer Erpressung, die von Carter immer offener durchgeführt wird, mit möglichst geringem Widerstand über die Bühne zu bringen.

Am Wochenende tagte so abermals die oberste militärische Führung der USA gemeinsam mit Carter. Bei der letzten Besprechung waren die Alarmbereitschaft auch für die Flotte im indischen Ozean befohlen worden und verschiedene Einrückmanöver in der Straße von Hormus am Persischen Golf.

Auch die Carter-Diplomatie entfaltete eine rege Tätigkeit,

vor allem in den arabischen Staaten. Die feudalen Herrscher, die Sultane und Könige haben seit langem ihr Schicksal auf Gedeih und Verderb an den USA-Imperialismus gekettet. Jetzt bilden sie eine gemeinsame Front gegen den Iran und sind bereit, ihre Länder als Aufmarschbasis zur Verfügung zu stellen. Die Arabische Liga weigerte sich, einen iranischen Abgesandten zu empfangen und das Regime von Saudi-Arabien verstärkte seine gemeinsame Tätigkeit mit dem Regime des Irak.

Die Tatsache, daß Angebote zum Einlenken nicht akzeptiert werden, sondern der bisherige Kurs von Carter fortgesetzt wird, zeigt, daß es den USA-Imperialisten weder um Menschenleben noch um sonstige humanitäre Ziele geht, sondern, wie immer, um ihre Macht in dieser Region und um das persische Öl.

Varta-Konzern legt Dortmunder Betrieb still

DORTMUND.— Die CEAG, ein Dortmunder Tochterunternehmen des Varta-Konzerns, soll stillgelegt werden. Der Konzern will lediglich fünfzig Kollegen aus der Abteilung Labor in andere Werke übernehmen. Die übrigen 624 Beschäftigten sollen auf die Straße gesetzt werden. Unter ihnen sind auch 45 Schwerbeschädigte und 18 Lehrlinge, die erst im August eingestellt worden waren.

Opel-Vertrauensleute fordern 14% — 220 Mark

BOCHUM.— Die Vollversammlung der Vertrauensleute der IGM bei Opel/Bochum stellte am Sonntag ihre Forderungen für die kommende Lohntarifrunde auf. Verlangt werden 14 Prozent, mindestens 220 Mark.

REUTLINGEN.— Im Reutlinger Bosch-Werk wurden 500 Unterschriften für folgende Forderungen zur Tarifrunde gesammelt: 250 Mark mehr für alle; Streichung der Lohngruppe 2; Laufzeit des Vertrages nur 12 Monate.

Albanien feiert den 35. Jahrestag seiner Befreiung

In dieser Woche feiert das albanische Volk den größten Sieg in seiner Geschichte, die Befreiung vom Joch der in- und ausländischen Unterdrücker. Am 29. November jährt sich zum 35. Mal der Tag, an dem — nach der Vertreibung der deutschen Besatzertruppen — die Volksmacht errichtet wurde.

In diesen 35 Jahren hat sich Albanien unter der Führung der Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze aus dem ehemaligen Armenhaus Europas in ein blühendes Industrie-Agrarland verwandelt. Das sozialistische Albanien ist unberührt von der kapitalistischen Krise, die sich von Jahr zu Jahr verschärft. Die albanischen Werktätigen kennen weder Arbeitslosigkeit noch Preiserhöhungen und Inflation. Alle Steuern und sonstigen Abgaben sind schon vor zehn Jahren endgültig abgeschafft worden.

Ein großartiges Beispiel für die Stärke des sozialistischen

Systems, für die Einheit und das gemeinsame entschlossene Handeln von Volk und Partei hat die Sozialistische Volksrepublik Albanien in diesem Jahr geliefert, als binnen fünf Monaten alle Folgen des verheerenden Erdbebens vom April vollständig beseitigt wurden.

Die Werktätigen in aller Welt blicken heute nach Albanien als dem Bollwerk des Sozialismus, dem großen Vorbild im eigenen Kampf für die Befreiung.

(Beiträge zum 35. Jahrestag auf S. 9 und 10 in dieser Ausgabe)



Kommentar

Das Bemerkenswerteste ist zunächst nicht der Abschiebungsfall selbst, sondern, daß er überhaupt in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Denn was da im letzten Jahr mit den beiden Tschechen Vratislav Cermak und Juraj Zilka geschehen

Tandler, eine dunkle und unappetitliche Gestalt aus dem Dunstkreis des Franz Josef Strauß, die Abschiebung. Im Verlauf der vergangenen Woche aber weitete sich der Skandal aus. Es wurde bekannt, daß es in Bayern seit 1977 mindestens sieben ähn-

Abschiebung à la Tandler

ist, ist gängige bayrische Praxis.

Der Abschiebungsfall: Im Sommer 1978 flohen Cermak und Zilka aus der Tschechoslowakei nach Westdeutschland und meldeten sich hier bei der Polizeiinspektion Straubing. Ihr Vertrauen in die hiesigen Ausländergesetze und Asylbestimmungen wurde rasch getäuscht. Sie wurden inhaftiert und am 23. November in aller Stille in die Tschechoslowakei abgeschoben.

Cermak und Zilka waren keine Flüchtlinge, aus denen die schwarzen Ritter von der CSU das einschlägige politische Kapital hätten schlagen können: sie waren allgemein unzufrieden mit den politischen Verhältnissen in ihrer Heimat und sahen keine Möglichkeit, in ihrem Beruf weiterzukommen. Aber Unzufriedenheit gibt es hier in der Bundesrepublik und auch in Bayern genug, also warf man die beiden wieder hinaus. In der Tschechoslowakei drohten den beiden wegen „Republikflucht“ Freiheitsentzug von sechs Monaten bis fünf Jahren oder „Besserungsmaßnahmen.“ — Das Schicksal von Cermak und Zilka ist bis heute nicht bekannt.

Fest steht allerdings, daß die bayrischen Behörden die geltenden Asylgesetze und -bestimmungen im Falle der beiden Abgeschobenen gravierend gebrochen haben — und zwar gleich mehrfach: Erstens gilt in der Bundesrepublik die im Falle einer Abschiebung zu erwartende „Bestrafung wegen Republikflucht“ als Asylgrund. Zweitens besagt eine Vereinbarung der Länderinnenminister aus dem Jahr 1966, daß „Ostblock-Bürger“, soweit nicht kriminell belastet, „bis auf weiteres nicht abgeschoben werden dürfen“. Und drittens stand es nicht in der Zuständigkeit der Ausländerbehörde von Straubing, die Ausweisung zu verfügen.

Aber die bundesdeutschen Gesetze scheinen in Bayern nicht ohne weiteres Geltung zu haben. Das bayrische Innenministerium selbst deckte die Abschiebeaktion. Und noch am vorletzten Sonntag verteidigte und rechtfertigte der bayrische Innenminister Gerold

lich gelagerte Abschiebungen gegeben hatte. Da schwenkte Tandler um und distanzierte sich von den Abschiebeaktionen. „Ich mißbillige das ausdrücklich“, erklärte er, wobei die Äußerung mehr über den Charakter des Herrn Innenminister, als über seine Haltung verrät.

Denn einem Tandler ist — wie seinen Spezis Strauß, Zimmermann und Stolber — das reaktionäre bundesdeutsche Ausländerrecht noch viel zu liberal. Mehrfach starteten die Herren Vorstöße, um das Ausländerrecht zu ändern, es weiter zu beschneiden und drastisch zu verschärfen. Und in ihrem Machtbereich setzten sie ihre Vorstellungen kurzerhand auch gleich in die Tat um.

Sie lieferten so, nebenbei bemerkt, einen kleinen Anschauungsunterricht dafür, was uns erwartet, wenn es ihnen gelingen sollte, in ganz Westdeutschland an die Macht zu kommen.

Der Fall der beiden Tschechen Cermak und Zilka hat mittlerweile einigen offiziellen Staub aufgewirbelt; und die sozialliberalen Koalitionspolitiker feuern aus allen Rohren auf den bayrischen Gesetzesbruch. — Hätten sich die Leute aber auch aufgeregt, wenn es sich um Flüchtlinge aus dem „befreundeten“ westlichen Ausland gehandelt hätte, aus Chile, Argentinien etwa, aus Südafrika oder gar aus den USA? Kaum. Hier schweigt der Sänger Höflichkeit. — Ein Fall mag für viele stehen: Im September 1972 wurde im Zuge der behördlich verordneten antipalästinensischen Pogromhetze in Hamburg die aus dem israelisch besetzten Teil Jerusalems stammende arabische Studentin Hellen Abu Hadid aus dem Krankenbett geholt. Einen Tag später saß sie bereits in einem Flugzeug, das sie nach Tel Aviv brachte, wo sie schon der israelische Geheimdienst erwartete. Die Innenbehörde hatte sich — wie sie ungeniert vermerkte — deshalb so beeilt, um „auszuschließen, daß sie (die Araberin) durch die Einlegung von Rechtsmitteln... ihre sofortige Entfernung vereiteln würde.“

Preissteigerungen in der DDR

Teuerung soll Staatsfinanzen sanieren

Unmut unter der Bevölkerung wächst

BERLIN (DDR). — Obwohl der laufende Fünfjahresplan stabile Verbraucherpreise garantiert, sind die Lebenshaltungskosten in der DDR in zum Teil rasantem Steigen begriffen. Voraussichtlich wird das Wirtschaftswachstum der DDR in diesem Jahr lediglich 3,5 Prozent betragen, 0,8 Prozent weniger, als der Plan vorsieht.

Die Preise für Oberbekleidung sind im Vergleich zum Vorjahresmonat um 10 bis 20 Prozent gestiegen, ohne daß sich die Qualität nennenswert verbessert hätte. Haushaltstextilien stiegen um 10 Prozent, Bettwäsche verdreifachte sich im Preis. In der Unterhaltungselektronik wurden die billigen Erzeugnisse ganz vom Markt genommen, Elektroherde wurden um 20 Prozent teurer. Die Preise für Möbel zogen um durchschnittlich 20 Prozent an, die unteren Preisstufen fehlen völlig. Wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtet, wird für ein Schlafzimmer, das früher 1.790 bis 1.950 Mark gekostet hat, 2.760 bis 3.031 Mark verlangt.

Immer deutlicher artikuliert sich in der Bevölkerung der Unmut über die schlechende Teuerung in der DDR, die einhergeht mit ständig wachsender Arbeitshetze.

Weitere Preissteigerungen liegen in der Luft:

Im Gegensatz zu anderen Ländern des Warschauer Paktes hat die Teuerung in der DDR noch nicht auf die Waren des Grundbedarfs übergreifen. Die Preise für Grundnahrungsmittel, für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und für Wohnungsmieten sind vergleichsweise niedrig und seit 20 Jahren stabil. Diese sozialen Errungenschaften stammen noch aus der Zeit, als die Werktätigen der DDR mit den Kommunisten an der Spitze den Sozialismus aufbauten.

Während die Nachbarstaaten wie Polen oder die Tschechoslowakei in dieser Beziehung ihre sozialistische Maske längst fallen gelassen haben, versuchen die SED-Führer zunächst noch auf andere Weise die Lasten der Krise auf den Rücken der Werktätigen abzu-

wälzen.

Um die stabilen Preise für die Waren des Grundbedarfs zu sichern, mußte der Staat Jahr für Jahr mehr Subventionen aufwenden. Im letzten Jahr waren es rund 14,2 Milliarden Mark. Eine wichtige Methode, die Werktätigen um Vorteile der preiswerten Waren des Grundbedarfs zu betrügen, ist die am Anfang erwähnte drastische Steigerung der Preise der verschiedensten Produkte, die zwar nicht mehr dem engeren Kreis der Waren des Grundbedarfs zuzurechnen sind, aber auch nicht zu den Luxusgütern gehören. Insgesamt bewirkt das ein immer stärkeres Ansteigen der Lebenshaltungskosten in der DDR. Für die Werktätigen in der DDR ist der Kampf gegen die ständig sich verschlechternde wirtschaftliche Lage eine wichtige Front in den kommenden Klassenauseinandersetzungen.

Aufruf von DGB-Gewerkschaften, VOLKSFRONT und Jugendverbänden

Demonstration gegen den NPD-Parteitag

Samstag, 8. Dezember, 10 Uhr, Festplatz in Ketsch

MANNHEIM. — Am 8./9. Dezember will die NPD in Ketsch am Rhein (15 Kilometer von Mannheim entfernt) ihren Bundesparteitag abhalten. Seit Wochen organisiert sich ein breiter Widerstand aus allein Teilen der Bevölkerung gegen diese Nazi-Provokation.

Der Bürgermeister von Ketsch hatte deshalb den Mietvertrag, der der NPD öffentliche Räume überläßt, zurückgezogen. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat Mitte November jedoch der NPD die angemieteten Räume wieder zugesprochen.

Dabei hat sich das Gericht unter anderem der unverschämten Behauptung der NPD angeschlossen, beim Bundeskongreß der Jungen Nationaldemokraten, Jugendverband der NPD, vor einigen Wochen in Weinheim „sei es nur zu Handgemengen zwischen Gegnern der Veranstaltung, nicht jedoch mit Parteimitgliedern gekommen“ (der *Rote Morgen* berichtete darüber). Tatsächlich startete damals ein Schlägertrupp der NPD einen organisierten Überfall auf protestierende Antifaschisten, wobei ein anti-

faschistischer Demonstrant für zwei Wochen krankenhaushausreif geschlagen wurde.

Die NPD hat gerade im letzten Jahr ihre Aktivität in Baden-Württemberg, besonders im Mannheimer Raum, verstärkt. Kein Wunder — hier wohnt Günter Deckert, der sich auf diesem Parteitag in Ketsch zum neuen Führer der NPD küren lassen will. Er soll — so steht es in einem internen Rundschreiben der Nazis — die NPD von einer Wahl- zur Kampfpartei machen.

Angesichts dieser Entwicklung und Bedrohung hat sich diesmal eine besonders breite Front des antifaschistischen Widerstands gebildet. Sämtliche Einzelgewerkschaften im Kreisverband Rhein/Neckar des DGB rufen zur gemeinsamen Kundgebung und Demon-

stration auf. Daran wird sich auch die KPD/ML und ihr Jugendverband, die Rote Garde, beteiligen. Die VOLKSFRONT und viele antifaschistische Gruppen, die VVN, Jugendzentren, Stadtjugendring etc. haben einen Aufruf unterschrieben, der ebenfalls zur Teilnahme an Demonstration und Kundgebung aufruft und mit den Worten endet: „Wehret den Anfängen! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Wir wenden uns an alle Demokraten: Beantworten wir gemeinsam die faschistische Provokation mit einer gewaltigen demokratischen Manifestation. Beteiligt Euch an der Kundgebung und Demonstration am Samstag, den 8. Dezember, 10 Uhr, auf dem Festplatz in Ketsch.“

auf Kosten der europäischen Völker im Ernstfall den Krieg führen wollen.

Insbesondere die Bonner Regierung kommt dadurch in arge Schwierigkeiten. Ihr seitheriger Kurs, einerseits als zweite Macht im NATO-Block die Aufrüstungspolitik immer schneller durchzupeitschen und andererseits auch mit den russischen Imperialisten zu paktieren, wird durch die schärfere Konfrontation beider Blöcke erschwert.

Deshalb sah die Bonner Regierung auch Gromykos Besuch mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Würde er eine neue „Abrüstungsinitiative“ in die Öffentlichkeit lancieren oder einen Paukenschlag gegen die NATO-Aufrüstung landen? Beides konnte die Bundesregierung nur in Schwierigkeiten bringen.

Gromyko entschied sich für den Paukenschlag. Denn auch, wenn jetzt in der Presse alles versucht wird, sein Verhalten beim Abschlußbankett herunterzuspielen, so war seine offene Kritik doch ein Verstoß gegen die übliche Diplomatie.

Junge Union huldigt Strauß

HANNOVER. — Auf dem am letzten Wochendende in Hannover abgehaltenen Deutsch-landtag der Nachwuchsorganisation der CDU/CSU trat die Garde der von Strauß schwer gebeutelten CDU-Führer mit Helmut Kohl an der Spitze auf, um auch die letzten Vorbehalte verschiedener Jungpolitiker gegen den Kanzlerkandidaten aus Bayern zu beseitigen.

Kohl bezeichnete die Solidarität mit dem bayrischen Widersacher als Voraussetzung für Sieg und Wende. Albrecht sicherte Strauß erneut „Solidarität und Loyalität“ zu, die „andere“ Kanzlerkandidaten schmerzlich entbehren mußten. Und CDU-Generalsekretär Geißler forderte unter dem lang anhaltenden Beifall der Delegierten, man müsse „Abschied nehmen vom Gedanken des Separatismus in der Union“.

Strauß selber malte nach bekannter Manier das bereits in Sonthofen entworfene Bild einer düsteren Zukunft an die Wand, aus der nur die Union als einzige „liberale“ Kraft einen Ausweg zu weisen wüßte.

Der Bundesvorsitzende Matthias Wissmann wurde mit 82 Prozent der Stimmen für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Für den ausgeschiedenen stellvertretenden Vorsitzenden Reinhold Bocklet rückte Franz Christian Zeitler nach, seines Zeichens Regierungsrat im bayrischen Finanzministerium. Schließlich sei erwähnt, daß der abgehaltene „Freiheitsheld“ Nico Hübner als Ehrengast unter den Delegierten weilte.

Uni-Kanzler kollaboriert mit der Kripo

LÜNEBURG. — Nachdem bekanntgeworden ist, daß der Kanzler der Universität Lüneburg, Johannes Hesse, vor über einem Jahr der Kriminalpolizei Namen und Organisationszugehörigkeit der ASA-Mitglieder verraten hatte, traten die Studenten in einen zweitägigen Streik und forderten auf einer Vollversammlung einstimmig die Ablösung von Hesse.

Die Hochschullehrer stellten in einer Erklärung fest, nach Hesses Verhalten sei „eine vertrauensvolle Zusammenarbeit außerordentlich erschwert“. Wie verlautet, soll Hesse von seinem Amt entbunden werden und ins Ministerium für Wissenschaft und Kunst überwechseln.

Zitat der Woche

„Am spanischen Übergang von der Franco-Diktatur zur Demokratie haben die Gewerkschaften entscheidenden Anteil gehabt. Sie haben Reformen durch Zugeständnisse bis an den Rand ihres Selbstverständnisses auch dann möglich gemacht, wenn Gefahren von der extremen Rechten und von den Militärs drohten. Und sie haben durch einen großherzigen Verzicht auf allzu häufige Streiks dazu beigetragen, die wirtschaftliche Kraft des Landes auch in der schwierigen Übergangsphase zu erhalten.“

Die großen spanischen Gewerkschaften, die kommunistischen Arbeiterkommissionen (CCOO) und die sozialistische Allgemeine Arbeiterunion (UGT), sind dennoch nicht zu sozialen Duckmäusern degeneriert.“

(Welt der Arbeit, Wochenzeitung des DGB, vom 22. November 1979)

Aus dem Inhalt

Kreisdelegiertenkonferenz	Grußadresse zum 35. Jahrestag der Befreiung Albanien
ÖTV Dortmund	4
Israelischer Geheimdienst operiert in Westberlin	7
Zwei Todesfälle im Mainzer Gefängnis	7
Die kapitalistische Krise in Polen verschärft sich	11
Die Krise zwischen USA und Iran	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Beteiligungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Gromyko in Bonn

Streit um Aufrüstung

Von Verständigungswillen keine Spur

BONN, 23. November. — Mühsam versuchten beide Seiten nach der Beendigung des Bonn-Besuchs des sowjetischen Außenministers Gromyko die Fassade aufrecht zu erhalten. Die Fassade des Verständigungswillens und der Abrüstungsbereitschaft, mit der die beiden großen imperialistischen Militärblocke, NATO und Warschauer Pakt, seit Jahren ihre ständige Aufrüstung verdecken wollen.

Denn allzu offenkundig ist es geworden, daß in Wirklichkeit schroffe Gegensätze zwischen beiden Blöcken herrschen.

Gromyko ging sogar so weit, dies auf dem abschließenden Bankett in der Öffentlichkeit zu betonen. Er sagte zur Frage der „Nachrüstung“ bei Raketen im Westen: „...wir und die Bundesrepublik sprechen hier keine gleiche Sprache.“

Die sogenannte Nachrüstung, die neueste Wortschöpfung des aggressiven NATO-Blocks zur Vermeidung des Wortes „Aufrüstung“, wird ja in den westeuropäischen Län-

dern unter dem Vorwand der Überlegenheit der sowjetischen Mittelstreckenraketen betrieben.

Gromyko zeigte ganz deutlich, daß diese „Nachrüstung“ von den sowjetischen Sozialimperialisten wiederum als Vorwand benutzt werden wird, ihrerseits weiter aufzurüsten und Breschnews große Versprechungen vom Oktober in Berlin zu vergessen.

So überziehen die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die UdSSR, West- und Osteuropa mit ihren riesigen Arsenalen an todbringenden Atomwaffen, mit denen sie

„Zukunftskongreß“ der CSU

Kurs auf den verstärkten Abbau von Sozialleistungen

Strauß-Partei bereitet Wahlkampf vor

MÜNCHEN. — „Wir meistern die Zukunft“. Unter dieser Losung führte die CSU in München einen Kongreß durch, auf dem sich neben den Spitzen dieser Partei auch die engsten Strauß-Freunde aus der CDU und die reaktionärsten

Zunächst einmal ging es bei dem Kongreß aber nicht um die Zukunft, sondern um die Gegenwart. Und die wurde in den schwärzesten Farben ausgemalt. Nun darf man jedoch nicht glauben, daß dieser Kongreß etwa ein schonungsloses Bild von der gegenwärtigen Lage der Werktätigen in unserem Land entworfen hätte. Die großen sozialen Probleme wie etwa die Massenarbeitslosigkeit, die Ruinierung der kleinen Bauern oder die Mängel im Gesundheitswesen blieben völlig ausgespart, wurden nicht einmal erwähnt. Stattdessen beschäftigten sich die Redner mit der Zerrüttung der Familie, der zunehmenden Drogensucht, der wachsenden Selbstmordanfälligkeit bei Jugendlichen usw.

Natürlich sind auch das sehr ernste Probleme. Aber wie wurden sie von den Strauß-Leuten behandelt? Hat man ihre Wurzeln aufgedeckt? Nichts von alledem. Nehmen wir als Beispiel die zunehmenden Selbstmorde bei Jugendlichen. Ein Professor Helle aus München präsentierte dafür die folgende Erklärung: Schuld an dieser Erscheinung hätte die Liberalisierung des Abtreibungsparagraphen durch die Bonner Koalition. Denn — so der Professor, seines Zeichens Soziologe — mancher Jugendliche würde durch seinen Selbstmord nur verspätet die Abtreibung vollstrecken, denn er müßte ja in dem Bewußtsein leben, daß seine Eltern auch ihn hätten abtreiben lassen, wenn das damals schon so einfach gewesen wäre.

Und mit Ausführungen dieser Art stand der Professor aus München durchaus nicht allein. Die Probleme etwa zwischen Eltern und Kindern in den Familien wurden auf eine „Kollektivie-

rung der Kleinkinder“ zurückgeführt oder darauf, daß hierzulande die Jugend überhaupt nach dem „Menschenbild des atheistischen Kollektivismus“ erzogen würde. So drehen die Strauß-Leute alles auf den Kopf. In ihrer reaktionären Logik gibt es gar keine materiellen Grundlagen für die Probleme von Jugend und Familie. Der Lehrstellenmangel etwa, die Jugendarbeitslosigkeit, die vielen Jungen und Mädchen die Perspektiven für Beruf und Ausbildung verbauen — das ist für diese Leute überhaupt kein Thema.

Oder, daß die Situation der Familie nicht zuletzt auch dadurch geprägt wird, daß beide Elternteile arbeiten müssen, um das Einkommen zu sichern, daß die Eltern zudem im Betrieb einem zunehmenden Streß durch Arbeitssetze oder Angst um den Arbeitsplatz ausgesetzt sind — all das wird von der Strauß-Mannschaft schlichtweg unter den Teppich gekehrt. Man macht für alle Probleme, die auf dem Kongreß beklagt wurden, die „Reformpolitik“ der Bonner Koalition verantwortlich, auch wenn man sich dabei zu solchen unglaublichen Verdrehungen versteigen muß wie der Professor Helle.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß die CSU der Familie, als deren Hüterin sie sich aufspielt, nichts zu bieten hat. Es wäre eine Illusion zu glauben — so wurde auf dem Kongreß erklärt — die Probleme der Familie ließen sich durch finanzielle Besserstellung lösen. Das ist immerhin ein klares Wort. Es zeigt, daß die Werktätigen trotz aller Familien-Demagogie der CSU von einer Regierung Strauß keine materielle Verbesserung ihrer Lage — etwa durch eine Erhöhung des Kindergeldes —

Elementen von den Universitäten der Bundesrepublik zusammenfanden. Was dort als mögliche Zukunft unseres Landes unter einem Kanzler Strauß verbreitet wurde, war eine einzige Drohung an die Werktätigen.

zu erwarten hätten. Überhaupt war man bei dem Kongreß der Meinung, daß es uns noch viel zu gut geht.

Und die CSU tritt eben nicht an, um den sozialen Besitzstand der Werktätigen zu sichern, sondern um ihn noch weiter abzubauen. Nichts, was in der Vergangenheit von den Werktätigen erkämpft worden ist, kann vor dem direkten reaktionären Zugriff der Strauß-Partei sicher sein. Und das gilt nicht nur für solche Bereiche wie etwa die Änderung des Abtreibungsparagraphen,

gegen die auf dem Kongreß gehetzt wurde. Das gilt für den ganzen Bereich der Sozialpolitik. So nannte zum Beispiel einer der Redner die gesamte bestehende Sozialgesetzgebung eine „Psychodroge“. Denn, wer einmal erfahren habe, daß er auch ohne Leistung etwas bekommen könnte, der würde auch gar nicht mehr danach streben, für das gleiche eine eigene Leistung zu erbringen.

Das heißt doch nichts anderes als die Unterstellung, all diejenigen, die in diesem Land Arbeitslosengeld oder ir-

gendwelche staatlichen Zuschüsse beziehen, wären im Grunde zu faul zum Arbeiten. Und die Konsequenz wäre dann, daß man ihnen ihre „Psychodroge“, ihre Gelder, entzieht. In diese Kerbe schlug auch der Staatssekretär im bayrischen Sozialministerium, Rosenbaum, der die Parole ausgab: „Weg von der Wohlfahrtsmentalität.“

Die Herren von der Strauß-Partei mit dem christlichen Anspruch gingen sogar so weit, daß sie Sozialpolitik ausschließlich zu einer Sache der „Nächstenliebe“ erklärten. Diese Politik dürfe nur nicht durch Gesetzgebung erzwungen werden, denn da beginne schon der Sozialismus. Hinter solchen Tiraden verbergen sich die Vorbereitungen für einen grundlegenden Angriff auf die Sozialleistungen der Werktätigen. Zwar mochte man sich auf dem „Zukunftskongreß“ noch nicht auf einzelne Maßnahmen festlegen. Als in der Diskussion zum Beispiel ein Vertreter der

Jungen Union wissen wollte, welche Sozialleistungen eine Regierung Strauß denn nun streichen wollte, hüllte man sich in vornehmtes Schweigen. Schließlich zieht die CSU in absehbarer Zeit in den Wahlkampf. Und da wäre es mehr als töricht, jetzt schon zu konkret zu werden.

So beschränkt man sich denn gegenwärtig im wesentlichen auf die zügellose Hetze gegen diejenigen, die soziale Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Die Rechnung in Mark und Pfennig wird man dann schon präsentieren, wenn man an den Schalthebeln in Bonn sitzt.

Der Parteiboss Strauß hat allerdings vor einigen Monaten schon angekündigt, wo mit dem Abbau von Sozialleistungen angesetzt werden soll. Er will als erstes die gesetzlichen Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld verschärfen und die Eigenleistungen der Werktätigen für die medizinische Versorgung erhöhen.

Wie die Post Profite macht

Das Millionending mit dem Dauerton

Was ist dran an den „Gebührensenkungen“?

Wenn man den Telefonhörer abnimmt, tönt daraus seit dem 27. September statt des altgewohnten unterbrochenen Freizeichens ein neuer durchdringender Dauerton. Der Ton nervt. Und einige Sekunden schneller als bisher dreht man die Wählscheibe — und schon hat die Bundespost wieder einen kleinen Betrag gespart. — Spitzfindigkeit? Nein! Der Widerwillen gegen den Dauerton ist in Wirklichkeit Grundlage neuer zusätzlicher Millionengewinne der Bundespost.

Fünf Sekunden im Durchschnitt vergingen nach Feststellungen der Post bisher von dem Zeitpunkt, da der Hörer abgenommen wurde bis zum Wählen der ersten Ziffer. Zwar liegen neue Messungen noch nicht vor, aber für die Post steht bereits fest: „Die Leute fangen jetzt schneller mit dem Wahlvorgang an.“

Dadurch verringern sich aber die „Blindzeiten“, in denen der Apparat besetzt ist, ohne Gebühren einzubringen. Wenn bei rund 18 Milliarden Gesprächen im Jahr vom Aufheben des Hörers bis zum Wahlbeginn statt bisher fünf Sekunden nur noch drei Sekunden vergehen, werden im Jahr 10 Millionen Stunden „Belegungszeit“ eingespart. Wenn pro eingesparter Stunde nur ein Ortsgespräch mehr geführt würde, würde dies 10 Millionen zusätzlicher Ortsgespräche bedeuten. Das brächte der Post eine Mehreinnahme von insgesamt 2,3 Millionen Mark. Allerdings rechnet die Post mit einem noch größeren Geschäft.

Mit diesen Millionen stockt die Bundespost die Riesenprofite weiter auf, die sie ohnehin schon erzielt. Im Jahr 1978 waren es insgesamt über 6,3 Milliarden Mark im Fernmeldewesen; aufgerechnet gegen die offiziell genannten Verluste in anderen Teilbereichen blieben noch 3,7 Milliarden Mark Postprofite insgesamt. Angesichts der Höhe der Profite sah sich der Bundespostminister genötigt, einige „Gebührensenkungen“ und „Rückerstattungen aus dem Topf der Überschüsse“ anzukündigen. So sollen ab dem 1. April 1980 die Ferngespräche bis zu 100 Kilometer tagsüber billiger werden; jeder Telefonkunde soll monatlich 20 Gebühreneinheiten im Gegenwert von 4,60 Mark gutgeschrieben bekommen.

Näher betrachtet, erweisen sich diese „Schenkungen“ zum 1. April 1980 fast schon als

schlechter Aprilscherz. Da ist zum Beispiel die Einführung des vielgerühmten „Billigtarifs“ von 18.00 Uhr abends bis 8.00 Uhr morgens an Feiertagen und an Wochenenden. Zwar kann man jetzt beispielsweise zwischen 18.00 Uhr und 22.00 Uhr und 6.00 Uhr und 8.00 Uhr tatsächlich etwas billiger telefonieren, gleichzeitig aber fällt der sogenannte „Mondscheintarif“ weg, der bisher billige Ferngespräche zwischen 10.00 Uhr und 6.00 Uhr an Sonn- und Feiertagen und an Samstagsnachtsmittagen ermöglicht hatte. Muß man derzeit für ein 5-Minuten-Gespräch über mehr als 100 Kilometer — per „Mondscheintarif“ — 1,15 Mark zahlen, so kostet dieses Gespräch ab 1. April 1980 1,84 Mark. Der „Billigtarif“ ist für mehr als vier Millionen Telefonbenutzer in Wirklichkeit ein „Teuertarif“.

Außerdem beginnt die Bundespost ab Januar 1980 damit, die Ortsnetze Schritt für Schritt auf „Nahbereiche“ mit einem Zeittakt von acht Minuten umzuschalten. Statt unbegrenzter Ortsgespräche kann man dann nur noch acht Minuten lang in einem Umkreis von 20 Kilometern telefonieren. In welchem Maß die Post durch diese „Umrüstungen“ Mehreinnahmen erzielen wird, ist noch unbekannt.

Von den großzügigen „Schenkungen“ der Post bleibt, bei Lichte betrachtet, nicht viel. Tatsächlich handelt es sich um ein Gemisch von Tarifierhöhungen und -senkungen, wobei den Telefonkunden das, was sie auf der einen Seite einsparen, auf der anderen wieder aus den Taschen gezogen wird. Es ist zu befürchten, daß die Werktätigen durch die genannten Maßnahmen letztlich noch mehr als bisher zur Kasse gebeten werden. Von jeder Mark, die vertelefoniert wird, streicht die Post ohnehin 37 Pfennig an Reingewinn ein.



Aus Roter Rebell, Jugendmagazin der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML

Neuer Unfall Im AKW Ohu

Radioaktives Wasser ausgetreten

MÜNCHEN. — Am vorletzten Samstag hat sich im Atomkraftwerk Isar I in der Nähe von Ohu ein neuer schwerer Unfall ereignet. Radioaktiv verseuchtes Wasser trat ins

Der erneute Unfall zeigt nicht nur einmal mehr die gefährliche Anfälligkeit der Atomkraftwerke für technische Störungen. Er wirft auch ein bezeichnendes Licht auf das vom bayrischen Umweltministerium installierte Fernüberwachungssystem. Dieses System nämlich hatte den Störfall überhaupt nicht registriert. Als Grund dafür nannte ein Sprecher des Ministeriums die Tatsache, daß das verseuchte Wasser „auf nicht vorhergesehene Weise“ ausgetreten wäre.

Das AKW Isar I hat seit seiner Inbetriebnahme immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. Im Februar 1978 waren radioaktive Dämpfe ausgetreten. Im Mai des gleichen Jahres mußte das Atomkraftwerk abgeschaltet und für vier Monate stillgelegt werden, weil die Umwälz-

pumpen „relativ häufig“ ausfielen. Schon im Oktober jedoch mußte erneut abgeschaltet werden. Die Bayernwerke AG, der Betreiber des AKW, versuchte das als routinemäßige Überprüfung hinzustellen. Tatsächlich aber waren mehrere Rohre aufgerissen und Behälterwände vom Reaktordampf durchgefressen. Im November wurden dann zwei automatische Notabschaltungen bekannt. Im gleichen Monat mußte der Betriebsleiter von ISAR I zugeben, daß es seit November 1977 zwanzig Abschaltungen gegeben hatte, darunter zwölf unplanmäßige. Über den größten Teil dieser Störungen war die Bevölkerung nicht informiert worden. Im Januar und Februar dieses Jahr wurde zweimal radioaktiver Wasserdampf freigesetzt.

Freie und floß in den Isar-Seitenkanal. Einen ähnlichen Unfall hatte es schon im Mai dieses Jahres gegeben.

Und Isar I ist für die Menschen in der Umgebung von Landshut nicht die einzige radioaktive Gefahrenquelle. Bei Niederaichbach steht die erste „Atomruine“ der Bundesrepublik, ein Kernkraftwerk, das vom Siemens-Konzern zu Versuchszwecken gebaut und schon 1974 klammheimlich wieder stillgelegt wurde ohne, daß es jemals einen geregelten Betrieb aufgenommen hätte. 130 Millionen Mark öffentliche Zuschüsse hat Siemens übrigens für den Bau dieses Reaktors kassiert, und keine einzige Mark mußte zurückgezahlt werden. Jetzt wird das AKW Niederaichbach abgewrackt. Und das ist mit der Gefahr des Freiwerdens von großen Mengen an Radioaktivität verbunden.

Trotz der gefährlichen Be-

lastung der Gesundheit der Menschen in der Region plant die bayrische Regierung die Erweiterung von Isar I um einen weiteren Reaktorblock. Diese Pläne sind auf erheblichen Widerstand gestoßen, der nicht einmal vor der örtlichen Basis der CSU haltmachte. Die Landshuter Ortsgruppe der Strauß-Partei hat in einem Brief an den Ministerpräsidenten „in aller Schärfe“ gegen die Erweiterung von Isar I protestiert. Auf die Kritik aus den Reihen der Partei hat Ministerpräsident Strauß mit einem langen Brief geantwortet, der übrigens in langen Passagen wortgleich mit einem Schreiben war, das die Bayernwerke AG schon früher an den Oberbürgermeister von Landshut gerichtet hatten.

Gewerkschaft ÖTV Dortmund

Wichtige Forderungen an den 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag

Mehr als 80 Anträge auf Kreisdelegiertenkonferenz

DORTMUND. — Es werden immer mehr aktive Kollegen, die in der Dortmunder ÖTV-Gewerkschaft in Opposition zu den reaktionären Bonzen für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik und für revolutionäre Standpunkte eintreten. Die Kreisdelegiertenkonferenz, die am 17. November zu Ende ging, war ein deutlicher Ausdruck dafür (siehe auch „Roter Morgen“ 45/79 und 47/79).

Allein schon die Anzahl der Anträge, die eingebracht wurden, macht diese Entwicklung deutlich. Waren es sonst immer so etwa 20 Anträge, so hatten sich die Delegierten in diesem Jahr mit über 80 Anträgen zu befassen. Fast alle wurden angenommen. Die Anträge konzentrierten sich auf drei thematische Schwerpunkte: 1. Lohnpolitik, Arbeitszeit usw.; 2. innergewerkschaftliche Demokratie; 3. Verteidigung demokratischer Rechte, antifaschistischer Kampf.

Aus Platzgründen können wir hier nur die wichtigsten Anträge erwähnen.

- Ein Antrag fordert die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und gleichzeitiger Personalverstärkung.

- Ein anderer Antrag zur Tarifpolitik fordert die Abschaffung der undemokratischen Regelung in der ÖTV, daß der geschäftsführende Hauptvorstand vor dem offiziellen Beginn der Tarifdiskussion immer eine sogenannte Forderungsempfehlung herausgibt, die in der Praxis immer schon die Forderung vorwegnimmt, wie sie später von der Großen Tarifkommission beschlossen wurde.

- Ein Antrag fordert eine stärkere Ausrichtung der Einkommenspolitik der ÖTV darauf, daß das Lohngefüge nicht weiter auseinanderklafft. Ferner fordert der Antrag die Streichung bzw. Anhebung der unteren Einkommensgruppen.

- Ein Antrag zum Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz (KVKG) stellt fest, daß dieses Gesetz für die Werktätigen eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung und für die Krankenhausbeschäftigten eine Ausdehnung des Arbeitstages bewirkt. Der An-

tragstext: „Die Gewerkschaft ÖTV fordert den Gesetzgeber auf, die Vorschriften des KVKG ersatzlos zu streichen, die das Bedürfnis der Bevölkerung nach Wiederherstellung der Gesundheit der Wirtschaftlichkeit unterordnen.“

- Zwei Anträge befassen sich mit den sogenannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) im öffentlichen Dienst. Diese „AB-Maßnahmen“ seien von der ÖTV als „ungeeignetes und für die Arbeitnehmer nicht vertretbares Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ zu verurteilen. Es wird gefordert, daß stattdessen dauerhaft neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Alle zur Zeit ABM-beschäftigten Kolleginnen und Kollegen sollen in feste Arbeitsverhältnisse übernommen werden und alle, insbesondere Jugendliche, sollen „darüber hinaus die Gelegenheit erhalten, eine Ausbildung zu absolvieren bzw. berufliche Qualifizierung (...) erhalten“.

- Ein Antrag, über den es zu harten Auseinandersetzungen kam, befaßt sich mit Leitsätzen für Vertrauensleute. Unter anderem fordert er: „Auf dem Hintergrund der verschlechterten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst kommt den Vertrauensleuten zur Durchsetzung von gewerkschaftlichen Forderungen insbesondere die Aufgabe zu, betriebliche Aktionen vorzubereiten und durchzuführen.“

Eine weitere Forderung in diesem Antrag lautet:

„Die gewählten Vertrauensleute bedürfen nicht mehr der Bestätigung durch den ÖTV-Kreisvorstand. In einer demokratisch aufgebauten Mitgliederorganisation ist es unzulässig, die direkt von den Mitglie-

dern gewählten Funktionsträger von darüberstehenden Gremien oder ÖTV-Stellen bestätigen zu lassen; dieses würde nämlich die wählenden Mitglieder für unmündig erklären.“

- Ein Antrag kritisiert den Verlauf des letzten 1. Mai in Dortmund und fordert, daß am 1. Mai künftig auch betriebliche Redner eingesetzt werden. In der Antragsbegründung heißt es: „Die Gestaltung der 1.-Mai-Veranstaltung 1979 im Westfalenpark hat allgemeine Empörung bei den Kollegen ausgelöst, da in der Stadt Dortmund, in der kurze Zeit vorher der große Stahlarbeiterstreik durchgeführt wurde, Reden über allgemeine Themen, abgehoben von den direkten Interessen der Kollegen, gehalten wurden.“

- Ein Antrag zur Kernenergie spricht sich „gegen das Atomprogramm der Bundesregierung“ aus und fordert „den sofortigen Betriebs-, Bau- und Planungsstopp aller Atomkraftwerke“. Ferner verlangt der Antrag eine entsprechende Änderung der energiepolitischen Leitsätze der ÖTV.

- Eine ganze Reihe von Anträgen richtet sich gegen die Angriffe der Unternehmer und des Staates auf demokratische Rechte und Freiheiten. Ein Antrag fordert vom Hauptvorstand der ÖTV, sich verstärkt gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten einzusetzen. Folgende konkrete Forderungen wurden in diesem Komplex verabschiedet: ein „eindeutiges, gesetzliches Verbot der Aussperrung“; die sofortige „Beendigung der Überwachung von Betriebs- und Personalräten durch Organe des Verfassungsschutzes“; das „Verbot aller neofaschistischen Gruppen und Organisationen“ sowie das „Verbot aller neofa-

schistischen Propagandamaterialien“ und die Unterbindung neofaschistischer Demonstrationen.

Alle oben erwähnten Anträge wurden angenommen, teilweise sogar einstimmig. Der einzige fortschrittliche Antrag, der abgelehnt wurde ist — wir berichteten bereits im letzten Roten Morgen darüber — ein Antrag, der die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse fordert. Um diesen Antrag hatte es scharfe Auseinandersetzungen zwischen oppositionellen Kollegen und den Vertretern des Kreis- und Bezirksvorstandes gegeben. Das Abstimmungsergebnis: 53 Stimmen dafür, 108 dagegen und 11 Enthaltungen.

Dieses Ergebnis macht deutlich, daß vielen Delegierten die politische Bedeutung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse noch unklar ist. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse richten sich gegen alle klassenkämpferischen und revolutionären Gewerkschafter, insbesondere aber gegen die kommunistischen Kollegen. Sie dienen letztlich der diktatorischen Durchsetzung der arbeiterfeindlichen Politik der reaktionären Gewerkschaftsführer. Sie sind unvereinbar mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft im Sinne der Einheit der Arbeiter gegen das Kapital und gegen die Reaktion.

Für uns Kommunisten und für alle klassenkämpferischen Gewerkschafter ist es wichtig, über diese Fragen verstärkt Aufklärungsarbeit unter den Kollegen zu betreiben.

Insgesamt kann die Konferenz als Erfolg für die klassenkämpferische und revolutionäre Opposition in der ÖTV bezeichnet werden. Ein Erfolg, der nicht unwichtig ist, denn alle Anträge werden an die Bezirkskonferenz und an den 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV weitergeleitet. Der 9. Ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV findet vom 8. bis 14. Juni 1980 in Westberlin statt.

Lohnrunde 1980

Still-Vertrauensleute: 250 Mark als Ergebnis!

Nach neuem Schlichtungsabkommen muß Metallforderung bis Jahresende stehen

HAMBURG. — Die Lohnrunde 1980 ist in Fahrt gekommen. Immer mehr Vertrauensleute stellen ihre Forderungen auf.

In der Metall- und Stahlindustrie laufen die Tarife bis 31. Januar 1980 aus. Das neue Schlichtungsabkommen in der Metallverarbeitenden Industrie hat zur Folge, daß die IG Metall spätestens zum 1. Januar 1980 ihre Forderung offiziell stellen haben muß. Ferner müssen im metallverarbeitenden Bereich die Tarifverhandlungen spätestens Mitte Januar beginnen.

Immer mehr gewerkschaftli-

„Kampagne für das Verbot der Aussperrung“ ruft auf:

Aktionstag für das gesetzliche Verbot der Aussperrung

Im folgenden veröffentlichen wir eine Presserklärung des Zentralen Ausschusses der Kampagne für das Verbot der Aussperrung. Darin gibt der Zentrale Ausschuss der Kampagne bekannt, daß der 1. Dezember, an dem sich der Beginn der Stahlarbeiter-Aussperrung von 1978/79 zum ersten Mal jährt, zum Aktionstag für das gesetzliche Verbot der Aussperrung gemacht werden soll.

Am 1. Dezember jährt sich der Tag, an dem Zehntausende von Stahlarbeitern anläßlich ihrer Streikaktionen während der Stahltarifrunde 1978/79 von den Stahlunternehmern ausgesperrt wurden.

Diese Willkürmaßnahme der Stahlunternehmer wollen wir zum Anlaß nehmen, unsere Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung noch stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Wir — die unterzeichnenden Mitglieder des zentralen Ausschusses der Kampagne für das Verbot der Aussperrung — haben deshalb beschlossen, den 1. Dezember 1979 zum „Aktionstag für das gesetzliche Verbot der Aussperrung“ zu machen.

Zu diesem Anlaß werden im gesamten Bundesgebiet und Westberlin Informationsstände, Veranstaltungen, Unterschriftensammlungen und andere Aktivitäten durchgeführt werden.

Seit Gründung dieses Ausschusses am 7. Juli 1979 hat die Bewegung für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung einen großen Aufschwung genommen. Eine große Anzahl Menschen hat sich bereits in unsere Unterschriftenlisten eingetragen. Erst kürzlich hat sich der Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung ausgesprochen, nachdem bereits der 11. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und die IG Druck und Papier ein Verbot der Aussperrung gefordert haben. Hinzu kommen zahlreiche Resolutionen gewerkschaftlicher Gremien und Gruppen für die gleiche Forderung. Ermutigt durch den großen Anklang, den unsere Kampagne für das Verbot der Aussperrung bereits gefunden hat, sind wir zuversichtlich, daß unsere Forderung bis zu den Bundestagswahlen im nächsten Jahr so breit unterstützt wird, daß sie von den Parteien und Kandidaten nicht mehr ohne erhebliches Risiko für die Zahl ihrer Wählerstimmen übergangen werden kann.

Der zentrale Ausschuss der Kampagne für das Verbot der Aussperrung

Frauen fordern gleichen Lohn

VELBERT. — 39 Frauen des Velberter Zweigwerks des Schmalbach-Lubeca-Konzerns wollen vor das Arbeitsgericht ziehen.

Die Packerinnen in der Trimmerabteilung sind in der Lohngruppe II eingestuft und verdienen 9,46 Mark pro Stunde. Ihre männlichen Kollegen, die die gleiche Arbeit verrichten, werden nach Lohngruppe III bezahlt und verdienen 9,75 Mark pro Stunde. Der Unternehmer verweigert den Frauen den gleichen Lohn für gleiche Arbeit mit dem Hinweis auf das Nachtarbeitsverbot für Frauen. Doch abgesehen davon, daß längst nicht alle männlichen Kollegen auf Nachtschicht gehen, wird Nachtarbeit ohnehin mit Lohnzuschlägen abgerechnet.

Lohndiktat des DGB

FRANKFURT. — Nach mehrwöchigen zähen Verhandlungen zwischen dem Bundesvorstand des DGB und dem Gesamtbetriebsrat der bei ihm Beschäftigten wurden Gehaltserhöhun-

gen um 5,5 Prozent rückwirkend vom 1. Oktober 79 beschlossen.

Nachdem der Bundesvorstand zunächst das skandalöse Angebot von 4,65 Prozent gemacht hatte, waren die Beschäftigten des DGB-Landesbezirks Hessen in den Warnstreik getreten. Die DGB-Schiedskommission, die nach Satzung das Recht zur Zwangsschlichtung hat, diktierte dann den erwähnten Lohnabschluß. Unruhe und Verärgerung in vielen Gewerkschaftshäusern ist die Folge. Es gibt Bestrebungen, die Zwangsschlichtung durch eine Satzungsänderung abzuschaffen.

Stahlarbeiter demonstrieren durch Hilden

HILDEN. — Weit über 500 Betriebschaftsmitglieder der Mannesmann-Röhrenwerke in Hilden marschierten vorletzten Montag aus Protest gegen die geplante Vernichtung ihrer Arbeitsplätze durch die Hildener Innenstadt. Auf Transparenten forderten sie: „Mannesmann in Hilden muß bleiben!“ Die Konzernleitung hatte vor kurzem beschlossen, das Werk bis 1982 stillzulegen.

Für gleiches Kindergeld



Über 1000 demonstrierten in Frankfurt

Weg mit den Berufsverboten

STUTTGART. — Die Vertreterversammlung der größten IGM-Ortsverwaltung der Bundesrepublik hat im Namen ihrer 110 000 Mitglieder ohne Gegenstimmen die endgültige und ersatzlose Abschaffung des Radikalerlasses gefordert. Weiter heißt es in dem Beschluß, daß es höchste Zeit sei, „daß in der Verwirklichung bisheriger gewerkschaftlicher Beschlüsse Maßnahmen ergriffen werden, um einen Abbau demokratischer Rechte zu verhindern“.

che Vertrauenskörper, aber auch andere gewerkschaftliche Gremien stellen ihre Lohn- und Gehaltsforderungen auf. Eine Funktionärsversammlung der IG Metall in Lübeck erarbeitete eine 4-prozentige Tarifforderung als Empfehlung an die Große Tarifkommission.

Der Vertrauenskörper der Gabelstaplerfabrik Still in Hamburg-Billbrook verabschiedete auf Vorschlag der Vertrauenskörperleitung einstimmig

folgende Forderungen: 250 Mark mehr für alle bei 11 Monaten Laufzeit und Wegfall der Lohngruppe II und III. Ausdrücklich betonen die Kollegen, daß die 250-Mark-Forderung nicht als sogenannte Verhandlungsbasis gedacht ist, sondern als das, was im Ergebnis der Verhandlung mindestens herauskommen muß.

Die Forderung der Still-Kollegen wird von weiteren sieben Billbrooker Betrieben unterstützt, unter anderem von der Vertrauenskörperleitung bei Thyssen-Aufzüge. Die Vertrauensleute der Firma Kolben Schmidt in Hamburg-Altona fordern 200 Mark auf elf Monaten.

In Duisburg fordert der Vertrauenskörper des Thyssen-Konzern-Betriebes „Eisenbahn und Häfen“ für die Eisen- und Stahlindustrie 15 Prozent mehr Lohn und Gehalt. In Reutlingen fordern die Vertrauensleute von Bosch 250 Mark mehr für alle, Wegfall der Lohngruppe 2 und eine Laufzeit des Tarifvertrages von höchstens zwölf Monaten. Die Vertrauensleute der Maschinenfabrik Fritz Werner in Geisenheim fordern einen Sockelbetrag von 150 Mark plus 5 Prozent sowie 100 Mark mehr für die Auszubildenden aller Stufen.

22000 Mark für Betriebsrat

Dr. Cipa zeigt sich erkenntlich

FRANKFURT. — Der Vorstandsvorsitzende des schlingernden AEG-Telefunken-Konzerns Walter Cipa hatte dem freigestellten Betriebsratsmitglied des Nürnberger Telefunken-Werks Hans Batz am 27. Januar 1977 und am 6. Juni 1977 insgesamt 22 000 Mark auf dessen Gehaltskonto überwiesen.

Hans Batz, der gleichzeitig destagsabgeordneter der SPD ist, gab vorletzten Mittwoch an, daß der Konzernvorstand ihm für sein Engagement für die Interessen der Arbeitnehmer eine Sonderzahlung gewährt habe.

Die Verdienste des Hans Batz hatten darin bestanden, Gespräche zwischen Beauftragten der Konzernleitung und Vertretern der Bonner Ministerien in Sachen AEG-Telefunken-Kernkraftwerks-Aktivitäten angebahnt zu haben. In der zutreffenden Befürchtung, daß diese dubiose Transaktion nach Bestechung von Betriebsratsmitgliedern riechen könnte, versichert Batz, er habe die Summe nach Abzug der Steuern vollständig als Spende an die SPD abgeführt. Wie dem auch sei, Betriebsräte, die dem Konzernvorstand dienen, haben bei Cipa Erfreuliches zu gewärtigen.

Neues Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie

Automatische Verlängerung der Friedenspflicht

Nächste Tarifrunde bereits im Zeichen des neuen Abkommens

FRANKFURT. — Am 17. November einigten sich die IG-Metall-Führung und der Unternehmensverband Gesamtmetall auf ein neues Schlichtungsabkommen für die metallverarbeitende Industrie. Das Abkommen soll am 7. Dezember unterzeichnet und bereits für die Lohnstarifrunde Anfang 1980 wirksam werden.

Die Änderung des bestehenden Schlichtungsabkommens in der Metallindustrie (für die Stahlindustrie existiert kein solches Abkommen) wurde bereits vom 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1977 beschlossen. Seit Anfang dieses Jahres liefen zwischen dem IGM-Vorstand und Gesamtmetall darüber Verhandlungen.

Das jetzt zustandgekommene neue Abkommen entspricht allerdings nicht dem, was vom Gewerkschaftstag gefordert worden war. Gefordert waren vor allem zwei Änderungen: Erstens sollte der Einlassungszwang abgeschafft werden und zweitens sollte es eine Verlängerung der Friedenspflicht über den Zeitpunkt des Auslaufens des zu verhandelnden Tarifvertrages hinaus nicht mehr geben. Letzteres aber

wird von dem neuen Abkommen nicht erfüllt.

Der Einlassungszwang besteht nun nicht mehr. Nach der alten Regelung genügte es, daß eine von den beiden Tarifparteien die Schlichtung anruft, um eine Schlichtung in Gang zu setzen. Nach dem neuen Abkommen müssen beide Seiten die Schlichtung befürworten.

Dies ist sicher eine Verbesserung. Jedoch wird sie wieder durch eine neue Friedenspflichtregelung entwertet. Anstatt von jeglicher künstlichen Verlängerung der Friedenspflicht abzusehen, legt das neue Abkommen eine automatische Verlängerung der Friedenspflicht fest.

Vom Gesetz her endet die Friedenspflicht mit dem Auslaufen des zur Verhandlung stehenden Tarifvertrages. Nach dem neuen Abkommen verlä-

ngert sich die Friedenspflicht in der Metallindustrie jetzt automatisch um vier Wochen. Nach diesen vier Wochen erlischt sie dann ebenfalls automatisch, also unabhängig vom Stand der Verhandlungen oder einer eventuellen Schlichtung.

Das neue Abkommen sieht ferner vor, daß die Tarifpartei, die einen Tarifvertrag aufkündigt, mindestens vier Wochen vor Ablauf des Vertrages ihre Forderungen erklären muß und daß die Verhandlungen spätestens zwei Wochen vor Ablauf des Vertrages beginnen müssen. Für die anstehende Metalltarifrunde heißt das, daß spätestens am 30. Dezember 1979 die Forderung der IGM feststehen muß. Die Verhandlungen müssen dann spätestens am 15. Januar beginnen. Der Tarifvertrag in der Metallindustrie läuft am 31. Januar aus.



Schlichtung beim Stahlarbeiterstreik 1978/79. Die Schlichtung war eines der Manöver, mit denen die Stahlbarone gemeinsam mit Politikern und IGM-Führern den Kampf der Stahlwerker für die 35-Stunden-Woche zu spalten und abzuwiegeln suchten. Und die Herren blieben nicht ohne Erfolg. Nach sechs Wochen Streik mußten die Kollegen sich einen miesen Kompromiß auf's Auge drücken lassen. Die 40-Stunden-Woche wurde für 5 Jahre festgeschrieben. Das Foto zeigt von links nach rechts: IGM-Bezirksleiter Herb, NRW-Arbeits- und Sozialminister Farthmann und Weisweiler, der Chef des Unternehmensverbandes Eisen und Stahl.

Brief des IGM-Vorstands an Innenminister Baum

Loderers Scheingefechte gegen den Verfassungsschutz

„Es besteht eine funktionierende Ausschußpraxis“

FRANKFURT/MAIN, 15. NOVEMBER. — Am Donnerstag, den 15. November wandten sich der IG-Metall-Vorsitzende Loderer und sein Stellvertreter Mayr, zum zweiten Mal innerhalb eines Vierteljahres, mit einem Brief an den für die Geheimdienste zuständigen Innenminister Baum.

Bereits im August hatte der IGM-Vorstand einen Brief an den Minister verfaßt, in dem die damals in der Öffentlichkeit und unter den Gewerkschaftsmitgliedern stark kritisierte Bespitzelung von 13 000 Betriebsratsmitgliedern und Jugendvertretern das Thema war. Baum antwortete darauf im September, und dieser erneute Brief des IGM-Vorstands ist die Rückantwort auf Baums Brief.

Wer jetzt denkt, nun, endlich nimmt sich der Vorstand der größten Gewerkschaft Europas dieser Sache an, jetzt wird Druck gemacht, jetzt wird das geändert, wer das denkt — der hat sich getäuscht!

Während aus den Reihen der Mitglieder und unteren Funktionäre der DGB-Gewerkschaften, und von zahlreichen gewerkschaftlichen Gremien

eine lange Reihe von Protestschreiben und -resolutionen verabschiedet wurden und an zuständige Stellen, aber auch an die Gewerkschaftsführung, gesandt wurden, in denen in energischem Ton die Abschaffung der Bespitzelung verlangt wird, ist der Briefwechsel des IGM-Vorstands mit dem Minister der Geheimdienste in ausgesucht freundlichem Ton gehalten.

Hatten erst vor kurzem der Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden und zahlreiche örtliche Delegiertenkonferenzen anderer Gewerkschaften massiv gefordert, Schluß zu machen mit der Agententätigkeit im Betrieb, so stellt der IGM-Vorstand erst einmal seine Befriedigung über Baums Erklärung fest, die Bespitzelung solle nur Verfassungsfeinde

treffen. Immer wieder schimmert zwischen den Zeilen das Einverständnis der beiden leitenden IG-Metall-Funktionäre mit der Bespitzelung von kämpferischen Arbeitern und Kommunisten durch. Eine Haltung, die sie in diesem Brief zumindest an einer Stelle offen bekennen: „gegenüber Mitgliedern gewerkschaftsfeindlicher Parteien und Gruppierungen besteht eine funktionierende Ausschußpraxis“. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der DGB-Gewerkschaften werden hier also direkt als alternatives Vorgehen zur Bespitzelung durch die Geheimdienste angeboten!

Loderer und Mayr warnen den Minister im weiteren vor ihren Mitgliedern, indem sie betonen, eine allgemeine Bespitzelung aller Betriebsräte und Jugendvertreter würde bei der

Zum neuen Schlichtungsabkommen

Wem nützen denn solche Abkommen?

Schlichtungsabkommen sind gesetzlich nicht vorgeschrieben. Es liegt ausschließlich an den beiden Tarifparteien, ob sie derartige Abkommen überhaupt treffen wollen. So gibt es zum Beispiel für die eisen- und stahlerzeugende Industrie kein Schlichtungsabkommen.

Für die Metallverarbeitung hingegen hat die Führung der IG Metall 1973 mit den Metallkapitalisten ein Schlichtungsabkommen getroffen.

Grundsätzlich ist vom Standpunkt der Arbeiterklasse ein Schlichtungsabkommen nichts vorteilhaftes oder wünschenswertes. Denn Schlichtung ist stets ein Mittel, um den Kampf der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Forderungen abzuwiegeln und zu sabotieren. Das zeigen alle Erfahrungen aus den Tarifkämpfen. Nehmen wir zum Beispiel die Schlichtung beim Streik der Stahlarbeiter im letzten Winter.

Wochenlang versuchten die Stahlbarone und IGM-Führer, unterstützt vom nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Farthmann, mit Hilfe der Schlichtung den Streik der Stahlarbeiter abzuwürgen. Sechs Wochen nach dem Beginn des Streiks wurde dann durch die Schlichtung gegen den erklärten Willen der Streikenden ein fauler Kompromiß erzwungen, der die Kollegen um die Früchte ihres schweren und großen Kampfes brachte:

Diese Schlichtung in der Stahlindustrie erfolgte auf rein freiwilliger Basis. Die IGM-Führung hatte sich auf die Schlichtung eingelassen, ohne durch irgendein Abkommen oder eine gesetzliche Bestimmung dazu genötigt zu sein. In diesem Fall war die Schlichtung nicht mit einer verlängerten Friedenspflicht gekoppelt. Der Streik ging während der Schlichtungsverhandlungen weiter.

Schon eine freie Schlichtung richtet sich immer gegen die konsequente Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter. Sie dient

stets der Abwiegelung. Das gilt natürlich um so mehr für jedes Abkommen, das die Arbeiter dazu verpflichtet, sich in bestimmten Phasen der Tarifaufeinander- setzung auf ein Schlichtungsverfahren, das heißt auf eine Kompromißpolitik einzulassen.

Ferner ist zu bedenken, daß durch die bestehenden Gesetze das Streikrecht hierzulande ohnedies schon massiv beschnitten und ausgehöhlt ist. Schlichtungsabkommen bedeuten zumindest dann eine zusätzliche Einschränkung des Streikrechts, wenn sie die Friedenspflicht über das bereits gesetzlich festgelegte Maß hinaus zusätzlich verlängern.

Die Nachschlagsbewegung im vergangenen Sommer hat deutlich gezeigt, wie sehr die gesetzliche Friedenspflicht den Arbeitern die Hände bindet. Sicher: Vom konsequenten Klassenstandpunkt der Arbeiter aus gilt es, die Friedenspflicht zu durchbrechen. Aber für die DGB-Führer war die Friedenspflicht eine willkommene Handhabe, um die Nachschlagsforderungen vom Tisch zu wischen. Dabei bedienen sie sich eines scheinheiligen Arguments: „Wir haben ja gar keine Möglichkeit für eine solche Forderung gewerkschaftliche Macht ins Feld zu führen, weil wir durch die Friedenspflicht gebunden sind“.

Jedes Abkommen, das die Friedenspflicht noch zusätzlich verlängert (nach dem Gesetz herrscht Friedenspflicht, bis der entsprechende Tarifvertrag, um den verhandelt wird, zeitlich ausgelaufen ist) ist also ein Instrument zur Unterdrückung des Kampfes der Arbeiter. Daß die DGB-Führer sich auf solche Abkommen überhaupt einlassen, ist Ausdruck ihrer Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und des Verrats am Kampf der Arbeiterklasse.

Das neugefaßte Schlichtungsabkommen, das am 7. Dezember unterzeichnet werden soll, ist insofern besser als

das alte, als der Einlassungszwang aufgehoben ist. Diese Änderung wurde vom 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1977 in Form eines Antrages auf die Tagesordnung gesetzt; eines Antrages, der verabschiedet wurde, obwohl die Antragskommission ihn zur Ablehnung empfohlen hatte.

Dieser Antrag enthielt jedoch noch eine zweite wichtige Änderungsforderung: Die Verlängerung der Friedenspflicht über den Zeitpunkt des Auslaufens des Tarifvertrages hinaus sollte aufgehoben werden. Was die IGM-Bonzen aber jetzt ausgehandelt haben, verstößt eindeutig gegen diesen Beschluß des 12. Ordentlichen Gewerkschaftstages.

In gewisser Weise bedeutet die jetzt vereinbarte automatische Verlängerung der Friedenspflicht (die Friedenspflicht verlängert sich unabhängig davon, ob eine Schlichtung durchgeführt wird oder nicht) sogar eine Verschlechterung gegenüber dem alten Schlichtungsabkommen. Die Aufhebung des Einlassungszwanges verliert angesichts dessen, daß durch die neue Regelung die Friedenspflicht automatisch um vier Wochen verlängert wird, einiges von ihrem Wert. Da wundert es nicht mehr, daß der Verhandlungsführer von Gesamtmetall, Horst Knapp, sich sehr befriedigt über das neue Abkommen geäußert hat.

Für die klassenkämpferischen Metaller gilt es nach wie vor, gegen jedes Schlichtungsabkommen und gegen jedes Schlichtungsverfahren zu kämpfen, insbesondere aber gegen jede zusätzliche Verlängerung der Friedenspflicht. Kurt Herb, der als Arbeitervertreter berüchtigte Essener Bezirksleiter der IG Metall, hat in der Presse geäußert, er wolle das neue Schlichtungsabkommen auch auf die Eisen- und Stahlerzeugende Industrie ausdehnen. Dies ist eine dreiste Provokation, die zurückgewiesen werden muß.

Mitgliedschaft der IG Metall nicht nur kein Verständnis finden, sondern auch die Bereitschaft zu Engagement verringern und ein gespanntes Verhältnis zwischen Arbeitern und Staat schaffen. Deshalb wiederholen sie ihre Forderung vom Augustbrief an den Minister, eine allgemeine Bespitzelung der Betriebsrats- und Jugendvertretungsmitglieder und -kandidaten zu unterlassen, da „der mögliche Nutzen aus derartigen Überprüfungen selbst bei striktesten Datensicherungs- vorkehrungen den eintretenden Schaden bei weitem nicht gutmachen kann.“

Dasselbe Vorgehen ist auch beim zweiten Streitpunkt zwischen Minister und Gewerkschaftsführern zu beobachten, bei der Überprüfung aller Arbeiter in sogenannten „sicherheitsempfindlichen“ Bereichen. Auch hier verlangen die Gewerkschaftsmitglieder eine ersatzlose Einstellung dieses Vorgehens. Loderer und Mayr dagegen wollen mit dem Minister genau aushandeln, um welche Bereiche es sich handelt, und in diesen, von ihnen dann akzeptierten Bereichen, die Bespitzelung durchaus weiter dulden. Daß es sich dabei um die Rüstungsbetriebe der deutschen Monopolherren handelt, geht aus von Loderer und Mayr erwähnten Beispielen hervor.

Was Loderer und Mayr tun,

ist also: die Forderung nach Abschaffung der Bespitzelung der Arbeiter durch den Geheimdienst, wie sie aus der Organisation kommt, zu ersetzen durch ihre Forderung nach einem gütlichen Übereinkommen zwischen der Gewerkschaftsführung und dem Minister für Geheimdienste, über die Art der Bespitzelung. „Wir würden uns freuen, wenn diese unsere Vorstellungen möglichst erörtert und vertieft werden könnten.“ Daß sie nicht gewillt sind, die breit erhobene Forderung nach Einstellung der Bespitzelung wirklich zu vertreten, daß hier ein Scheingefecht geführt wird, dafür gibt es noch zahlreiche andere Beweise.

Zum einen sind diese Bespitzelungen nicht erst in diesem Jahr bekannt geworden. Das Fernsehen und die IGM-Zeitung *Metall* berichteten bereits Anfang 1977 darüber. Damals fanden diese Berichte aus verschiedensten Gründen nicht dieses lebhafteste Echo, wie sie es in diesem Sommer fanden, als bei immer neuen Nachrichten über die Tätigkeit der Geheimdienste eine Welle der Empörung entstanden war. Deshalb fand es der IGM-Vorstand damals auch nicht für nötig, hier den Anschein von Aktivität zu erwecken.

Zum anderen muß man in aller Klarheit festhalten: Zwei Briefe — in anderen Worten:

zehn beschriebene Blätter Papier — in mehr als drei Monaten, das sind für die Führung einer so großen Gewerkschaft keine Taten, sondern erfüllen höchstens die Funktion eines Alibis bzw. könnten sie erfüllen, wenn darin wenigstens die bestehenden Forderungen aufgegriffen würden.

Keinerlei Aktionen, keine Demonstration, keine Kundgebung, kein Kongreß, nicht einmal eine Pressekampagne — nichts wird hier getan, um in irgendeiner Weise die bestehende gewerkschaftliche Kraft zur Durchsetzung der Forderung nach Beendigung der Bespitzelung einzusetzen!

Kein Handschlag soll geschehen, diese Bewegung soll sich totlaufen, und dann wollen die Herren darüber sprechen, wie man das alles besser organisieren kann, so daß es nicht so sehr ins Auge fällt. Das sind ganz eindeutig ihre Absichten.

Deshalb dürfen sich die Gewerkschaftsmitglieder nicht darauf beschränken, in ihren Betrieben oder Gewerkschaftsgremien die Abschaffung der Bespitzelung zu fordern, sondern sie müssen auch verlangen, daß die DGB-Gewerkschaften die nötigen Aktivitäten organisieren, diese Forderungen durchzusetzen.

Tun sie dies nicht, wird weiter gespitzt!

Drogenszene im Ruhrgebiet nimmt brutale Formen an

Kriminalamt: 60000 Drogenabhängige

In Baden-Württemberg noch

400 Rauschgifttote 1978 sind „trauriger Rekord“

Immer neue Hiobsbotschaften im Kampf gegen Drogensucht

80000 junge Menschen von Heroin abhängig

Forscher: Zu lange Anlaufzeit

Frankfurt wurde Zentrum des Drogenhandels

80 000 vorwiegend junge Heroinsüchtige

Das verbrecherische Geschäft mit der Droge

Monatsumsatz in Frankfurt: 21 Millionen Mark

Vom Auge des Gesetztes nahezu unbeheilt haben international organisierte Rauschgiftsyndikate ihre europäischen Verteilerzentrale von Amsterdam in die Rhein-Main-Metropole Frankfurt verlegt. Eine Überschwemmung des Marktes mit sogenanntem „Türkischem Honig“, auch Heroin Nr. 4 genannt (Konzentration bis zu 90 Prozent) aus dem nahen und mittleren Osten, wodurch das bis dahin vor-

Heroin-Schwemme

Wurden nach Angaben des Bundeskriminalamtes 1970 lediglich 0,49 Kilogramm Heroin sichergestellt, waren es ein Jahr später mehr als das Vierfache (2,9 Kilogramm). 1973 beschlagnahmte die Polizei 15,43 Kilogramm des zur Gruppe der Morphine gehörigen Giftes, 1975 schon das Doppelte, 1976 fast 170 Kilogramm. Zwei Jahre später näherte sich die Menge der 200 Kilogramm-Grenze. Für dieses Jahr liegen noch keine gesicherten Angaben vor. Es ist jedoch unbestritten, daß die nach Westdeutschland eingeführte Menge an Heroin weiterhin drastisch im Steigen begriffen ist und, daß das beschlagnahmte dem Verbraucherkreis entzogene Heroin nur einen so gut wie unbedeutenden Bruchteil des tatsächlich eingeführten ausmacht.

1978 gab es 40000 registrierte Heroinsüchtige in unserem Land. Mittlerweile sollen es nach Angaben des Bundeskriminalamtes bereits 60000 sein, die *Frankfurter Rundschau* spricht von 80000 und jeder Statistiker räumt ein, daß die Dunkelziffer aller Wahrscheinlichkeit nach ungleich höher ist. Dabei ist zu bedenken, daß der Kreis der Heroinsüchtigen der harte Kern der Drogenszene ist. Über Abhängigkeiten von anderen Betäubungsmitteln, die legal mit und ohne Rezept im Handel erhältlich sind, über den Gebrauch anderer Drogen wie Halluzinogene (LSD, Mescalin, etc.) oder Cannabis (Haschisch, Marihuana) liegen noch viel weniger genaue Angaben vor.

Immerhin übersteigen die Konsumenten dieser Drogen die Masse der Heroinsüchtigen um ein Vielfaches und haben längst aufgehört, die Modedroge der gegen das Establishment rebellierenden Intellektuellen und Bürgersöhne zu sein. Sie sind heute zusammen mit dem wohl gefährlichsten Rauschgift Heroin zu einer Gefahr an Gesundheit, Leib und Leben für Hunderttausende von Menschen, vorwiegend Jugendlichen geworden, die dem westdeutschen Staatswesen, dem angeblich besten und freiesten, das wir je hatten, einen denkbar schlechten Leumund ausstellen.

Die Deutsche Bundesrepublik, der Wirtschaftsriese, die Militärmacht Nr. 3 (nach USA und Sowjetunion), die arrogant mit kaum verhülltem imperialistischen Sendungsbewußtsein das „Modell Deutschland“ anderen Nationen aufzwingen möchte, ist zum Heroinland Nr. 1 in Europa geworden. Die relative Todesrate unter Drogenabhängigen in Westberlin ist höher als in New York, eine Stadt, die immerhin das in

Sachen Rauschgiftkriminalität berühmte Harlem zu seinen Stadtteilen zählt.

Westberlin hatte in diesem Jahr das erste — erst vierzehnjährige — Heroinopfer zu beklagen. Untersuchungen brachten zutage, daß das heroinsüchtige Kind bereits seit zwei Jahren Heroin spritzte. Westberlins Drogenbeauftragter Wolfgang Heckmann: „Bei uns hängen von den unter Sechzehnjährigen einige hundert an der Nadel.“

Bis Dezember: 600 Herointote

Überhaupt ist die Zahl der Herointoten im drastischen Steigen begriffen, wobei nie genau festgestellt werden kann, ob der Betreffende sich bewußt den „goldenen Schuß“ verpaßt hat, oder ob es ein Dosierungsfehler war, oder ob dem Heroin fremde Stoffe beigemischt waren (des öfteren werden dem Heroin geringe Mengen Strychnin beigegeben, um es zum Zwecke der Profitsteigerung zu verlängern). Wie dem auch sei, die Heroinsucht ist nichts anderes als Selbstmord auf Raten. Heute gehört es schon zum normalen Bild einer Tageszeitung, wenn ein weiteres Heroinopfer gemeldet wird.

Allein in Hessen gab es bis Mitte September 86 Tote, davon 71 im Großraum Frankfurt. Und es steht jetzt schon fest, daß zum Jahresende im Bundesgebiet 600 Opfer zu beklagen sein werden, fast zwei pro Tag. Im letzten Jahr waren es noch 430, 1977 336.

Ein BKA-Mann kommentiert die Zahlen lakonisch: „Über die zahlreichen Opfer, die in Siechenheimen zugrunde gehen, liegt uns keine Statistik vor.“

Profitspannen bis 2000 Prozent

In der Drogenmetropole Frankfurt, wo es 2000 registrierte Heroinabhängige gibt, nach vorsichtigen polizeilichen Schätzungen sind es in Wirklichkeit fast 4000 (die *Frankfurter Rundschau* spricht von 3000) werden im Monat schätzungsweise 27 Kilogramm Heroin für 10 Millionen Mark umgesetzt. Diese Summe wird von den Süchtigen überwiegend durch Raub, Diebstahl und Prostitution aufgebracht. Selbst wenn ein Heroinabhängiger in der Lage wäre, einer geregelten Arbeit nachzugehen, könnte er nicht die drei bis viertausend Mark aufbringen, die er zum Erwerb des Heroin benötigt, um die größten Entzugserscheinungen zu betäuben.

Doch in aller Regel ist der Süchtige gezwungen, selber zum Kleinhändler zu werden, um seinen Bedarf decken zu können und wird so zum willenlosen Werkzeug skrupel-

loser Gangster, die ihn benutzen, weitere Jugendliche in den meist unentrinnbaren Teufelskreis der Droge hineinzureißen. Dabei wird mit Zuckerbrot und Peitsche vorgegangen. Vor allem Minderjährige werden mit einer Gratisdosis angelockt, um dann dem Heroin zu verfallen; es kommt auch vor, daß Jugendliche gegen ihren Willen gewaltsam „angefixt“ werden; Hauptsache, der Verbraucherkreis erweitert sich, der Kleinhändler kommt in den „Genuß“ der dringend benötigten Droge, der Großhändler streicht sich märchenhafte Profite ein. Profitspannen bis zu 2000 Prozent sind in diesem verbrecherischen Geschäft keine Seltenheit.

Die meist zu Monopolen zusammengeschlossenen Händlerringe bedienen sich bei der Eroberung neuer Märkte genau derselben Methode wie jeder andere Kapitalist.

Marktstrategie

Der sogenannte türkische Honig, das 90prozentige Heroin Nr. 4 wurde mit Hilfe einer regelrechten Marktstrategie vor allem nach Westberlin geschleust und zwar massenhaft und (vorerst zumindest) spottbillig. Bis dahin war die Westberliner Hauptdroge, der Marktführer sozusagen, die sogenannte „Berliner Tink“, eine Mischung aus Rohopium und Essigsäure. Das Angebot wurde mit einem Schlag künstlich verknappt, was die Preise drastisch nach oben trieb. Der Berliner Drogenmarkt wurde mit dem neuen Stoff überschwemmt, die „Berliner Tink“ unterboten. Die Folge war ein nahezu geschlossenes Umsteigen der „Szene“ auf das Heroin.

Es gibt Anzeichen, daß auf dieselbe Weise das bislang unbedeutende Kokain auf den Markt geschleust werden soll.

Doch der Teufelskreis der Droge beginnt nicht mit dem ersten Schuß. Eigentlich hat er da schon sein Ende erreicht, denn mit dem ersten Schuß folgt in der Regel auch der Letzte, die Endstation Tod! Der Teufelskreis beginnt und hat seinen Ursprung in der kapitalistischen Krise. Nicht von ungefähr gibt es deutliche Parallelen zwischen dem Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit und der Abhängigkeit von Rauschgift. Nicht umsonst sind die Drogenzentren auch gleichzeitig die Ballungsräume des städtischen Proletariats. Nicht umsonst greift das Rauschgift angesichts der wachsenden Bildungsmisere auch an den Schulen und Universitäten um sich.

Das Geschäft mit der Krise

Und schon die Geschichte zeigt, daß der Wahnsinn des Rauschgifts sich immer dann ausbreitet, wenn der Kapitalismus auf drastische Weise seine Krisen auf den Rücken der Werktätigen abwälzt, wenn die Werktätigen

an den Fronten des Kapitals, sei es im Krieg oder der Produktion rücksichtslos verheizt werden. War das Opium zumindest in Europa Mitte des 19. Jahrhunderts noch eine Luxusdroge, so wurden im deutsch-französischen Krieg 1870/71 vor allem die Soldaten opiumsüchtig. Das Schicksal der US-Soldaten in Vietnam ist jedermann geläufig. Kaum einer hielt den Kriegsterror ohne die süße Betäubung der Droge durch.

In Westdeutschland wurde das schon lange unterschwellig bestehende Drogenproblem im Zuge der sich verschärfenden kapitalistischen Krise Anfang der 70er Jahre akut, als es zunehmend auf Teile der werktätigen Jugend übergriff.

Die Perspektivlosigkeit des Kapitalismus, die Desorientierung der Jugend, die in diesem System nicht ihr Ideal zu erblicken vermag, die schon früh über Teile der werktätigen Jugend hereinbrechende materielle Not, all das schafft den skrupellosen Rauschgifthändlern, die ihren Profit auf die schleichende Vernichtung des Menschen bauen, auf seine langsame, seinem Willen entzogene Verwandlung in eine verrohte Kreatur, die zu allem imstande ist, um an den Stoff heranzukommen, für die es keine Moral, weder Gut noch Böse mehr gibt.

Zur Rolle der Pharma-Konzerne

Diese Gangster, auf die unter der Diktatur des Proletariats der Galgen und die Kugel warten, sind allerdings beim genaueren Hinsehen nicht die Außenseiter der Gesellschaft, als die sie für gewöhnlich hingestellt werden. Denn neben der heute schlagzeilenträchtigen Abhängigkeit von den Drogen, deren Einfuhr und Gebrauch nach dem Betäubungsmittelgesetz verboten ist (zum Beispiel Halluzinogene wie LSD, die Rauschmittel der Kokain-Gruppe), gibt es eine andere viel breiter verankerte Tabletten-sucht, die sich im wesentlichen von der Abhängigkeit illegaler Drogen kaum unterscheidet und für die die Pharmakonzerne die volle Verantwortung tragen.

So trägt beispielsweise der Werbeetat der Pharma-Industrie ein gerüttelt Maß zur gegenwärtigen Drogenproblematik bei, denn die hinterlistige Propaganda, daß gegen alle möglichen Probleme, die den modernen Menschen bedrängen können, die eine oder andere Pille (zum Aufputschen oder Beruhigen, je nachdem) ist auch für die Verführung zu den sogenannten harten Drogen gut genug.

Die Pharma-Konzerne lassen sich von einer ähnlichen teuflischen Logik leiten, wie die illegalen Kollegen im Rauschgifthandel, und es gibt unzählige Beispiele, wie die Profitgier von



Bis zum Jahresende werden 600 Jugendliche auf diese Weise ums Leben gekommen sein.

Schering und anderen Tod und Verkrüppelung verursacht hat. Hier sei nur an Contergan oder Duogynon/Cumorit erinnert.

Faschisierung und Drogenexpansion

Kürzlich erklärte der Bundestagsabgeordnete Pensky (SPD), der Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität sei auch in Zukunft ein besonderer Schwerpunkt der Politik. Diese Behauptung hat nicht den geringsten Wahrheitsgehalt. Weder gibt es Pläne, die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität zu einem Schwerpunkt der Politik zu machen, schon gar nicht zu einem besonderen, noch war es jemals.

Selbst höhere Polizeioffiziere beklagen das öfteren das mangelhafte Engagement der Politiker im Kampf gegen das Heroin. Das Frankfurter Rauschgiftdezernat beispielsweise ist mit zwanzig Leuten und einem Dienststellenleiter besetzt. Durch normale Ausfälle wie Lehrgänge, Krankheit etc. sind jedoch nur 14 ständig verfügbar. Und die waren mit der anfallenden Arbeit völlig überlastet. 1978 verhörten sie über 1000 Kleinhändler, ohne die Ergebnisse auswerten zu können. Weitere 950 Fälle mußten sie noch von der Schutzpolizei übernehmen.

Der Frankfurter Polizeipräsident spricht offen von unzureichender personeller Ausstattung des Rauschgiftdezernats. Die Rauschgiftkriminalisten des Ruhrgebiets, die fast ausschließlich mit Heroin zu tun haben, stehen der neuen harten Drogenwelle machtlos gegenüber: „Die Arbeit wächst uns über den Kopf.“ Und Westberliner Rauschgiftfahnder klagen: „Personal und Geld sind zu knapp, um der Lage Herr zu werden.“

Nun ist die bessere Ausstattung der Rauschgiftdezernate bei der Polizei gewiß kein Allheilmittel; immerhin ist es aber möglich, die ungehinderte

Expansion des Heroingeschäftes einzudämmen, ja sogar zurückzudrängen. Zahlenmaterial aus Frankreich belegen diese These.

Dabei gehört die westdeutsche Polizei keineswegs zu den staatlichen Einrichtungen, die in den Etats des Bundes und der Länder stiefmütterlich behandelt werden, im Gegenteil. Die Aufrüstung von Polizei und vor allem auch Bundesgrenzschutz verschlingt Milliarden um Milliarden, ohne daß sich das im Kampf gegen die Schwereverbrechen, zu der der Rauschgifthandel gehört, in irgendeiner Weise niederschlägt.

Das Bundeskriminalamt, dessen vorbildliche Schlagkraft von Peking bis Santiago de Chile gerühmt wird, ist mit 300 Terrorterritorialisten ausgerüstet, während die Rauschgiftabteilung mit 45 Mann ein kümmerliches Dasein fristet. Allein aus diesem Zahlenverhältnis wird ersichtlich, daß Bonn nicht das geringste Interesse besitzt, einen ernsthaften Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität zu führen. Es dürfte klar sein, daß selbst die Großhändler nicht viel zu lachen hätten, wenn das BKA seinen hochgerüsteten Apparat an die Front der Rauschgiftkriminalität werfen würde.

Doch die Polizei und auch der Grenzschutz erweisen sich einmal mehr als Unterdrückungsorgane gegen die Werktätigen. Kein Aufwand ist groß genug, um Vertrauensleute und Betriebsräte in den Betrieben zu bespitzeln; kein Amtshilfeabkommen ist zu schäbig, um in Büchereien oder an den Grenzen die Lesegewohnheiten der Deutschen zu erforschen. Auch bei der Bewaffnung der Polizei mit immer gefährlicheren Waffen legt man sich keinerlei Zurückhaltung auf. Und alles läuft unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus. Doch selbst ein hoher Polizeioffizier mußte zugeben: „Der Rauschgifthandel fordert in einem Jahr mehr Todesopfer als der Terrorismus in einem Jahrzehnt.“

Wird fortgesetzt.

Mit Unterstützung des Senats

Israelischer Geheimdienst operiert in Westberlin

Provokativer Sprengstoffanschlag geplant

Als vor wenigen Wochen der „Spiegel“ enthüllte, daß israelische Geheimdienstagenten in bayrischen Gefängnissen palästinensische Häftlinge verhört hatten, kam bald der Verdacht auf, daß sich Ähnliches auch in Westberlin zugetragen hatte. Der Senat der Stadt jedoch wies einen solchen Verdacht weit von sich.

Inzwischen weiß man es besser. Tatsächlich sind auch in Westberlin einsitzende Palästinenser wiederholt von Beamten des Verfassungsschutzes befragt worden. Und ebenso wie in Bayern waren diese Herren vom Verfassungsschutz auch hier von „Dolmetschern“ begleitet, die nachweislich unter falschem Namen auftraten. Und daß es sich bei diesen „Dolmetschern“, die übrigens inzwischen wieder untergetaucht sind, um israelische Agenten gehandelt hat, wagt jetzt auch

der Innensenator nicht mehr zu bestreiten.

Die Tatsache, daß Angehörige des terroristischen Geheimdienstes Mossad, auf dessen Konto unzählige Mordaktionen gehen, in den Haftanstalten unseres Landes ein- und ausgehen können, ist wahrhaftig schon Skandal genug. Es kommt aber noch dicker. Durch die Aktivitäten der falschen Dolmetscher aufgeschreckt, haben sich verschiedene Zeitungen in der letzten Woche auch mit den gefange-

nen Palästinensern beschäftigt, die von Verfassungsschutz- und Mossad-Leuten verhört worden sind.

Es handelt sich dabei um eine Gruppe, der vorgeworfen wird, einen Sprengstoffanschlag auf ein Westberliner Tanklager geplant zu haben. Entsprechendes Material — zwölf Kilo Sprengstoff — ist bei der Gruppe gefunden worden. Der Prozeß, der gegenwärtig den mutmaßlichen Attentätern gemacht wird, wird von der Berliner Presse allgemein als „PLO-Prozeß“ bezeichnet und besonders von Springers Blättern weidlich zur Hetze gegen die PLO und das palästinensische Volk ausgeschlachtet.

Der Rädelsführer der Gruppe, ein gewisser Hassan el Harti, jedoch sitzt nicht auf der Anklagebank. Und er ist nicht etwa entflohen. Nein, ihm wurde — nachdem er ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte — vom Gericht Haftverschonung gewährt. Er bekam sogar seinen Paß ausgehändigt und konnte sich in aller Ruhe aus dem Staub machen. Erst vier (!) Wochen nach seinem Verschwinden wurde die Fahndung nach ihm eingeleitet. Ein Vorgang, den sogar ein hoher Beamter der Innenverwaltung so kommentierte: „Bei dem Vorsprung hätte er auch zu Fuß in den Nahen Osten flüchten

können.“

Offenbar bestand also ein Interesse daran, daß el Harti aus Westberlin verschwinden konnte. Und woher kommt ein solches Interesse? Das wird deutlich, wenn man sich mit der Person dieses „palästinensischen Terroristen“ einmal näher befaßt. Da ist zunächst einmal die erstaunliche Tatsache, daß er von dem als „Israelfreund“ bezeichneten CDU-Mann Schmitz verteidigt wurde. Anwalt Schmitz ist auch stellvertretender Vorsitzender im Sicherheitsausschuß des Abgeordnetenhauses und in dieser Funktion mit Geheimdienstfragen beschäftigt. Schmitz hat denn auch erkennen lassen, daß er über seinen Mandanten el Harti mehr wisse, als er öffentlich sagen dürfe.

Wenn der CDU-Anwalt dieses Wissen auch für sich behält, einiges ist doch in der letzten Zeit an die Öffentlichkeit gedrungen. Zum Beispiel die Tatsache, daß el Harti in der libanesischen Hauptstadt Beirut schon einmal vor Gericht gestanden hat und verurteilt wurde, und zwar wegen Spionage für Israel. Weiter wurde bekannt, daß derselbe el Harti vor einiger Zeit von Besuchern einer Palästina-Solidaritätsveranstaltung in Westberlin, bei der PLO-Vertreter Frangi sprach, ertappt worden ist. El Harti trug eine Pistole unter dem Jackett.

So rundet sich das Bild des sogenannten „PLO-Prozesses“ in Westberlin. Alles spricht dafür, daß es sich bei dem geplanten Anschlag um eine gezielte Provokation des Mossad gehandelt hat, um die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der PLO zu untergraben. Restlos werden sich die Vorgänge wohl nicht aufklären lassen, denn der Hauptbeschuldigte und Rädelsführer des Anschlags ist ja — wie gesagt — untergetaucht, mit der großzügigen Hilfe der Westberliner Behörden.

Illegale Tätigkeit der Bonner Geheimdienste

Verfassungsschutz gibt „Lauschoperationen“ zu

CDU plant neue Geheimdienstgesetze

Richard Meier, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), gab vor dem Abhör-Untersuchungsausschuß des Bundestages weitere bislang unbekannte „Lauschoperationen“ des von ihm kommandierten Geheimdienstes zu. Meiers Ausführungen überführten wieder einmal einen Bonner Minister der bewußten Lüge.

Im März 1977 mußte der damalige Innenminister Maihofer die ungesetzliche Abhöraktion gegen den Atomwissenschaftler Traube eingestehen. Der Verfassungsschutz hatte in Traubes Wohnung eine sogenannte Wanze platziert. Maihofer erklärte damals, bei dieser Aktion des ihm unterstellten Dienstes handele es sich um einen „einmaligen Ausnahmefall“. Jetzt berichtete Meier dem Untersuchungsausschuß von fünf weiteren Abhöraktionen, und auch dabei dürfte es sich nur um die Spitze des Eisberges handeln.

So wurde zum Beispiel im August 1966 ein Mikrofon in der Wohnung eines ungenannten Funktionärs der verbotenen KPD angebracht. Nach Meiers Angaben wurde dieser Mann zwei Jahre abgehört. Eine andere Aktion des Verfassungsschutzes richtete sich im Jahr 1973 gegen „griechische Extremisten“. Sie wurden per eingebauter Wanze bei einer Konferenz in einem Hotel in Rheinland-Pfalz belauscht. Zum Zeitpunkt dieser Aktion stand Griechenland unter der Diktatur eines faschistischen Militärregimes. Man kann also davon ausgehen, daß es sich bei den „Extremisten“ um griechische Antifaschisten gehandelt hat, die über Kampfmaßnahmen gegen die Diktatur beraten haben. Und sicher hat der Verfassungsschutz sie nicht nur in eigenem Interesse ausgespäht. Schließlich haben die Bonner Geheimdienste seit jeher die besten Beziehungen zu den Organen faschistischer Regimes gehabt. Erst kürzlich ist ja zum Beispiel bekannt geworden, daß der Verfassungsschutz auch auf Bitten des blutigen Schah-Geheimdienstes Savak aktiv geworden ist.

Zu den jetzt bekannt gewordenen „Lauschoperationen“ des Verfassungsschutzes gehört auch ein Einsatz in den Stamm-

heimen Zellen der später gewaltsam ums Leben gekommenen RAF-Mitglieder Baader, Raspe und Gudrun Ensslin. Wie Meier jetzt erklärte, ist dieser Einsatz mit Hilfe des Bundesnachrichtendienstes (BND) durchgeführt worden. Meiers Erläuterungen bestätigen einmal mehr, daß Stammheim geradezu ein Tummelplatz der verschiedenen Geheimdienste gewesen ist, die sich dort illegal Zugang zu den Zellen der inhaftierten Terroristen verschafft haben. Damit hat der BfV-Präsident auch indirekt bestätigt, daß die Bonner Geheimdienste bei den Vorgängen in Stammheim zumindest ihre Hand im Spiel hatten.

Die jetzt zugegebenen Abhöraktionen des Verfassungsschutzes reißen sich ein in ein ganzes System der Bespitzelung, das vom Abhören der Telefone über die Postüberwachung bis hin zur Speicherung von Daten unzähliger „Verdächtiger“ in den Polizeicomputern reicht. Was aber beispielsweise den ständigen Bruch des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses durch die staatlichen Organe betrifft, so sind diese Praktiken längst legalisiert worden. Das sogenannte G-10-Gesetz setzt die entsprechenden im Grundgesetz garantierten Rechte außer Kraft und gibt Polizei und Geheimdiensten freie Hand für die umfassende Bespitzelung der Werktätigen.

Für die „Lauschoperationen“, also das Anbringen von Mikrofonen in Wohnungen, gilt das nicht. Für solche Aktionen gibt es keine Ausnahmeregelung, sie sind auch nach den Gesetzen dieses Staates vollständig illegal. Wie in der letzten Zeit zu hören war, bereitet die CDU/CSU einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der dann auch die Bespitzelung durch Wanzen legalisieren soll.

Die Machenschaften des Ministers Theisen

Zwei Todesfälle in Mainzer Gefängnis

VOLKSFRONT fordert Rücktritt von Ministerpräsident Vogel

MAINZ. — Einen Tag, nachdem durch die Stimmen der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag ein Mißtrauensvotum gegen den dubiosen Justizminister Theisen gescheitert war, mußte er seinen Rücktritt einreichen. Das Bekanntwerden zweier bis dahin vertuschter Todesfälle in der Mainzer Justizvollzugsanstalt gaben den Ausschlag.

Über die näheren Hintergründe über die mysteriösen Todesfälle und die skandalösen Vertuschungsversuche der verantwortlichen Behörden bis hinauf zum verantwortlichen Minister Theisen informiert die nebenstehend veröffentlichte Presseerklärung der VOLKSFRONT.

Schon diese Fälle sind Grund genug, den skrupellosen Minister aus dem Amt zu verjagen samt seinem Ministerpräsidenten. Doch Theisen hat entschieden mehr Dreck am Stecken.

Als die Koblenzer Staatsanwaltschaft in Sachen Subventionsschwindel bei Mercedes ermittelte, schaltete sich der Justizminister zum Zwecke der Behinderung des öfteren in die Ermittlung ein. Generalstaatsanwalt Ulrich: „In ihrem Haus ist in dieser Sache manches Fragwürdige geschehen.“ Andere Staatsanwälte gaben damals zu Protokoll, der Minister habe „gelogen, daß sich die Balken bogen“. Doch der der Lüge bezichtigte Minister blieb

im Amt.

Auch als ihm nachgewiesen wurde, er habe den NS-Frauenmörder Strippel jahrelang gedeckt, dachte er keineswegs an Rücktritt, sondern ließ von seinem Presseamt noch Lügen über seine Rolle in Sachen Strippel verbreiten. So ließ er beispielsweise behaupten, in den von den holländischen Justizorganen übersandten Akten in Sachen Strippel komme der Name des NS-Verbrechers gar nicht vor.

Vor Jahren schon griff er in das Verfahren gegen einen Großindustriellen ein, zu dessen Gunsten versteht sich. Als der Tod von Holger Meins in einer rheinland-pfälzischen Haftanstalt bekannt wurde, äußerte Theisen öffentlich, Hungerstreikende solle man ruhig sterben lassen. Trotz alledem ließ Theisen in einer von Ministerpräsident Vogel gebilligten Erklärung verkünden, er verlasse „hoherhobenen Hauptes“ sein Amt und kehre „in den Schoß seiner Fraktion“ zurück.

Volksfront

GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

VOLKSFRONT

gegen Reaktion, Faschismus
und Krieg;
für Freiheit und Demokratie,
Wohlstand und Frieden!

15.11.79

Presserklärung

Die Tatsachen, die in der letzten Woche über die beiden Todesfälle in der Mainzer Strafvollzugsanstalt bekannt wurden, veranlassen die VOLKSFRONT zu folgender Erklärung:

— Am 23. Mai 1979 wird der Untersuchungshäftling Hermann Becker tot in seiner Zelle in der Mainzer Strafvollzugsanstalt aufgefunden. Sein Körper war übersät mit blauen Flecken. Die Gutachter der Uni Mainz stellen fest, daß Becker an Erbrochenem erstickt ist. Die Schläge hätte Becker überlebt. Gegen vier Justizbeamte werden Ermittlungen eingeleitet. Sie werden aber nicht versetzt, versehen weiterhin ihren Dienst.

— Der Häftling Richard Schönberger, der Aussagen über die Ereignisse der Todesnacht gemacht hat — er hatte Kampfgräusche gehört —, wird am 10. August erhängt in seiner Zelle aufgefunden.

— Beide Fälle werden totgeschwiegen. Erst am 10. November 1979 werden in der Presse die Angaben des leitenden Oberstaatsanwaltes Werner Hempler veröffentlicht:

Der „rauschgiftsüchtige Student“ R. Schönberger, „der unter Entzugerscheinungen“ litt, habe in einem Brief an die Mainzer Staatsanwaltschaft seinen Selbstmord angekündigt. „Als Vollzugsbeamte und auch ein Anstaltspfarrer mit Schönberger sprachen, kamen sie zu dem Schluß: 'Eine echte Suizidgefahr besteht nicht.'“ Es wurden keine präventiven Maßnahmen ergriffen. „Ergebnis: Schönberger wurde am 10. August in seiner Zelle erhängt aufgefunden.“ Er „war offensichtlich das Opfer der Fehleinschätzung von Justizbeamten geworden.“ (Zitate nach: *Allgemeine Zeitung* vom 10. Nov. 79, auf Grund der Erklärungen des leitenden Oberstaatsanwaltes Werner Hempler vor Journalisten vom 9. Nov. 79)

— Diese Informationen des leitenden Oberstaatsanwaltes sind teils unvollständig, teils grob falsch und dienen nicht der wahrheitsgemäßen Information der Öffentlichkeit.

Richtig ist:

— Richard Schönberger war kein Student. Er arbeitete als Chemielaborant bei der Fa. Bioscentia in Ingelheim/Rhein.

— Richard Schönberger war nicht rauschgiftsüchtig. Er litt unter keinen Entzugerscheinungen. Dies bestätigen die Zivilpersonen, die ihn, auch noch kurz vor seinem Tod, sahen und sprachen.

— Richard Schönberger hatte nach dem Tod von H. Becker Angst, daß ihm dasselbe passieren könne.

— Daß eine „echte Suizidgefahr nicht bestehe“, daß R. Schönberger das „Opfer der Fehleinschätzung von Justizbeamten“ wurde, ist eine bewußte Lüge. Vor seinem Todestag, dem 10. August, hatte er bereits zwei Selbstmordversuche in der Mainzer Strafvollzugsanstalt verübt.

— Durch einen Justizbeamten wurde R. Schönberger daran gehindert, einem Besucher gegenüber Angaben über die Todesnacht des H. Becker zu machen.

— Erst jetzt wurden die Abschiedsbriefe und das Tagebuch von R. Schönberger den Eltern ausgehändigt.

Es stellen sich eine Reihe von Fragen:

— Warum wird die Öffentlichkeit unvollständig und falsch informiert?

— Wer hat ein Interesse daran, R. Schönberger als rauschgiftsüchtigen, ausgeflippten Studenten darzustellen?

— Wer hatte ein Interesse am Selbstmord von R. Schönberger?

— Wer soll hier geschützt werden?

Die VOLKSFRONT fordert:

— Vollständige Aufklärung des Todes von H. Becker und R. Schönberger!

— Sofortige Ablösung der betroffenen Beamten!

— Bestrafung aller Verantwortlichen!

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in und um die Landesregierung Rheinland-Pfalz, besonders den Fall Strippel und die neuen Erkenntnisse im Fall Mainzer Strafvollzug, fordert die VOLKSFRONT:

Mit dem Rücktritt von Justizminister Theisen ist nichts bereinigt und nichts aus der Welt geschafft.

Ministerpräsident Vogel hat die Oberaufsicht über seine Minister. Ministerpräsident Vogel erklärte mehrmals, daß Theisen sein volles Vertrauen besitzt. Jetzt muß er sich seinem Vertrauten anschließen!

Ministerpräsident Vogel muß zurücktreten!

Vorbereitungsausschuß zur Gründung des
Landesverbands Rheinland-Pfalz der
VOLKSFRONT
gez. U. Feuerhelm

VOLKSFRONT — c/o U. Feuerhelm, Wormserstr. 159,
6500 Mainz

Im September 1975 wurde in Bochum im Zuge einer Polizeifahndung der völlig unbeteiligte Gerhard Send niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt. Der „Fall Send“ blieb kein Einzelfall. In den folgenden Jahren wurden von Bochumer Polizeibeamten zahlreiche Bürger mißhandelt; in mindestens zehn Fällen wurden Schüsse abgegeben; drei Menschen wurden erschossen; andere erlitten teilweise schwere Verletzungen oder bleibende Schäden. Die Betroffenen oder Hinterbliebenen wurden meist noch mit Anzeigen, Schikanen und Drohungen verfolgt; zum erlittenen Schaden traf sie noch die volle Härte und der volle Hohn des Gesetzes, während die uniformierten Täter meist straffrei ausgingen.

Die Serie von Bochumer Polizeischüssen und -übergriffen stieß jedoch auf den zunehmenden Widerstand der Bevölkerung. In Bochum wurde eine Initiative gegen Polizeibergriffe ge-

gründet, in der die Betroffenen bzw. die Hinterbliebenen von Opfern Unterstützung und Rückhalt finden. Gerade in der letzten Zeit hat die Arbeit dieser Initiative einen großen Aufschwung und viel Resonanz in der Bochumer Bevölkerung erfahren.

Um die verschiedenen Vorfälle breiter bekannt zu machen, führte die Bochumer Initiative gegen Polizeibergriffe am 22. November eine Veranstaltung durch. Die Veranstaltung, in der einige der Betroffenen vor rund hundert Anwesenden ihre Erfahrungen mit der Polizei schilderten, wurde zu einer erschütternden und empörenden Anklage.

Sämtliche Anwesenden verurteilten vor allem auch das Verhalten des Bochumer Polizeipräsidenten Berndt, der sich geweigert hatte, auf der Veranstaltung zu erscheinen, sich von seinen der Betroffenen zu informieren und zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Veranstaltung der Bochumer Initiative gegen Polizeibergriffe

Bochumer Polizeiopfer prangern Polizeimethoden an

Interview mit Mitglied der Initiative • Hintergründe

Nach der Veranstaltung sprach unser Volkskorrespondent mit einem Mitglied der Bochumer Initiative gegen Polizeibergriffe. Nachstehend das Interview.

Roter Morgen: Welchen Eindruck hattest Du von der Veranstaltung?

Jochen: Insgesamt war auf der Veranstaltung eine sehr gute Atmosphäre. Die Leute waren sehr beeindruckt; viele — selbst die Betroffenen — konnten sich nicht vorstellen, in welchem Ausmaße es in Bochum zu Polizeibergriffen gekommen war. Sie haben anhand der ganzen Schilderung gemerkt, daß das nicht alles Zufälle sein konnten.

Roter Morgen: Kannst Du kurz ein paar Worte über die Bochumer Initiative gegen Polizeibergriffe sagen?

Jochen: Schon 1975 war in Bochum anlässlich der Schüsse auf Herrn Send eine Initiative gegen Polizeibergriffe entstanden. Die jetzige Initiative gegen Polizeibergriffe ist praktisch die Fortführung der ersten, die sich nach einiger Zeit wieder aufgelöst hatte. Sie wurde gegründet nach den Polizeibergriffen auf Herrn Deffner in Witten und Herrn Böwering und Frau Behrend in Bochum. Betroffene, empörte Bürger, Leute aus verschiedenen antifaschistischen Initiativen haben sich zusammengesetzt und gesagt: da muß man etwas unternehmen. Besonders hervorheben muß man, daß alle Betroffenen die Initiative unterstützen.

Roter Morgen: Kannst Du etwas von den Forderungen der Initiative sagen?

Jochen: Der wichtigste Forde-

rungskomplex ist: Aufklärung aller Polizeibergriffe! Wiederaufnahme der Ermittlungsverfahren gegen die betreffenden Polizisten! Durchführung der Gerichtsverhandlungen! Bestrafung der Polizisten, die andere Bürger mißhandelt oder sogar getötet haben! — Dies mit besonderem Nachdruck.

Die zweite wichtige Forderung betrifft die Entschädigung. Tatsache ist, daß alle von den Polizeibergriffen Betroffenen bis heute — soweit man das überhaupt kann — noch nicht entschädigt worden sind. 4000 Mark hat Frau Schlichting als „Entschädigung“ dafür erhalten, daß sie ihren Ehemann verloren hat. Uwe Neumann, heute schwerbeschädigt, der seine Arbeit verloren hat, hat bis heute noch nicht einen Pfennig erhalten. — Wir fordern deshalb: Volle Entschädigung für Opfer und Hinterbliebenen!

Die dritte Forderung betrifft die bewaffneten Zivilstreifen. Gerade dadurch, daß die Zivilstreifen nicht als Polizeistreifen zu erkennen waren und die Betroffenen sie für normale Kriminelle gehalten und sich überfallen gefühlt haben, sind eine Reihe der eklatantesten Fälle überhaupt erst zustande gekommen. Wir fordern: Abschaffung der bewaffneten Zivilstreifen!

Viertens fordern wir: Einstellung der Verfahren gegen die Opfer von Polizeibergriffen.

Fünftens: Offenlegung der Ausbildung der Bochumer Polizei.

Sechstens: Keine „bessere Schießausbildung“ für die Polizei, sondern die Anwendung nicht tödlicher Mittel. Eine bessere Schießausbildung hätte doch nur das Ziel, den Bürger noch gezielter, noch schneller tötschießen zu können. Wenn zum Beispiel im Falle Uwe Neumann die neuen 9-mm-Geschosse, die jetzt eingeführt werden, zur Anwendung gekommen wären, hätten diese nur eine noch größere Wunde in seinen Körper geschlagen; Uwe lebte heute mit Sicherheit nicht mehr.

Schließlich siebtens: Konsequenzen für die Leitung der Bochumer Polizei, insbesondere für den derzeitigen Polizeipräsidenten Berndt.

Roter Morgen: Welchen Stellenwert haben die Bochumer Vorfälle im Rahmen des gesamten Vorgehens der Polizei in der Bundesrepublik? Ist Bochum ein Ausnahmefall?

Jochen: Wenn man von den Vorfällen ausgeht, die bekannt geworden sind, so hat sich das in Bochum am meisten gehäuft. Trotz alledem gibt es diese Polizeibergriffe auch in anderen Städten. Kein Polizist würde

zur Waffe greifen, wenn er nicht sicher wäre, daß er bei seinen Taten von den Verantwortlichen und vom Gesetz gedeckt wird. Insbesondere zu erwähnen ist hier das einheitliche Polizeigesetz, das jetzt von den verschiedenen Bundesländern übernommen worden ist. Dieses Gesetz sieht die Aufrüstung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten vor und soll praktisch den Todeschuß legalisieren. Eine entscheidende Ursache der Polizeibergriffe liegt auch in der Ausbildung der Polizei selbst. So berichtete ein Polizeischüler



Als der Bochumer Zahnarzt Dr. Böwering nachts auf einer Tankstelle nach seinem defekten Wagen sah, wurde er von einer zivilen und uniformierten Polizeistreife beschossen. Durch Zufall überlebte er und seine Begleiterin. Die gezielten Schüsse schlugen u.a. in Kopf und Brusthöhe in den Wagen.

Briefwechsel zwischen Betroffenen und Polizeipräsident

Am 18.9.79 schrieben neun Betroffene bzw. Hinterbliebene von Opfern Bochumer Polizeieinsätze an den Bochumer Polizeipräsidenten Berndt und den nordrhein-westfälischen Innenminister Hirsch einen offenen Brief. Darin heißt es unter anderem:

„Wir bitten um Antwort auf die nachfolgenden Fragen: ...

3) Im Jahre 1975 hat der Innenminister nach den Schüssen auf Herrn Send und dem Schuß an der Marienkirche erklärt, die Schießausbildung der Beamten sei nicht intensiv genug; dieser Teil der Ausbildung müsse um vieles verbessert werden. Ist die Schießausbildung intensiviert worden, und wenn ja, in welcher Richtung?

Muß man aus der Tatsache, daß nach dieser Äußerung in den folgenden Jahren dreimal sogar tödlich getroffen wurde (Schlichting, Pollaczek, Deffner), folgern, daß insbesondere das sog. „Combat-Schießen“ gelehrt wurde, also die Fähigkeit, ohne Rücksicht auf Verhältnismäßigkeitsbedenken den Gegner in Sekundenschnelle zu erledigen?

6.) Bisher hat die Polizei mit Pistolen vom Kaliber 7,65 mm geschossen. Dabei sind in acht Bochumer Fällen drei Tote zu beklagen gewesen, drei weitere Opfer wurden zwar schwer verletzt kamen aber mit dem Leben davon.

Muß man nicht davon ausgehen, daß diese Opfer bei der Art der Verletzungen mit Sicherheit tot wären, wenn die Polizei schon damals mit den

schweren Waffen vom Kaliber 9mm ausgerüstet gewesen wäre, die jetzt eingeführt werden? Halten Sie trotzdem die bevorstehende Ausrüstung aller Polizeibeamten mit den stärkeren Pistolen für gerechtfertigt? ...

13) Wäre es im Interesse der Selbstdisziplin der Beamten im Umgang mit der Waffe nicht wünschenswert gewesen, wenn es verstärkt strafrechtliche Konsequenzen bei unberechtigtem Schußwaffengebrauch gegeben hätte?

Ist nicht die Erfahrung vor Gericht, daß die meisten strafrechtlichen Verfahren gegen schießende Polizeibeamte auch in zweifelhaftesten Fällen mit Freispruch oder Einstellung geendet haben, geradezu eine Bestätigung für Ihre Beamten, daß sie auch bei falschem Einsatz der Pistole nichts zu befürchten brauchen?

14) Ist das vielleicht mit auf die Art der Ermittlung zurückzuführen, die die Polizei in solchen Fällen „in eigener Sache“ betreibt, wie zum Beispiel im Falle Dr. Böwering, wo die Beamten bei der Spurensicherung nicht einmal einige Kugeln ihrer Kollegen in dem beschossenen Wagen entdecken konnten, die Dr. Böwering anschließend selbst darin gefunden hat; wo eine Kugel, die nachweislich im Reifen gesteckt hatte, nach der polizeilichen Untersuchung verschwunden war; und wo auf dem polizeilichen Tonband, auf dem die ein-

gehenden Alarmrufe aufgezeichnet werden, gerade die wichtigsten zwei Stellen mit den Anrufen der Tankstellenpächterin „zufällig“ gelöscht wurden? ...

17) Können Sie kaltschnäuziges Verhalten von Polizeibeamten in der Art tolerieren, daß zum Beispiel zu dem Sohn von Dr. Böwering gesagt wurde, sie hätten doch alles gerbeit, wenn ihr Vater von den Kugeln getroffen worden wäre? ...

Auf diesen Brief antwortete am 11. Oktober der Bochumer Polizeipräsident Berndt unter anderem wie folgt:

„Zu den in dem 'Offenen Brief' enthaltenen Einzelfragen darf ich feststellen: Fast alle Fragen lassen die Vorgehensweise der Fragesteller gegenüber der Polizei erkennen, enthalten Unterstellungen und falsche Behauptungen oder gehen von solchen aus, so daß eine sachgerechte Beantwortung für zwecklos gehalten werden muß.

Es ist menschlich durchaus verständlich, daß die Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei von den Betroffenen und deren Angehörigen oft negativ beurteilt wird. Diese rein subjektiven Ansichten können und dürfen nicht Maßstab für die Beurteilung und Wertung polizeilichen Eingreifens sein. Das Urteil steht allein den nach unserer Rechtsordnung dafür zuständigen Institutionen zu.“

Auch Du kannst das nächste Opfer sein

„Zwanzig Vorfälle in vier Jahren — auch Du kannst das nächste Opfer sein.“ Unter diesem Titel hat die Bochumer Initiative gegen Polizeibergriffe kürzlich eine Dokumentation herausgegeben. Wir entnehmen der Broschüre eine Chronologie (gekürzt) über die Polizeibergriffe 1978 und 1979 in Bochum.

14.4.1978 Prügel nach Kinobesuch
Bei der Räumung eines Kinos durch die Polizei wurde der junge Heinz Wondinsky von der Polizei verprügelt. Seine Anzeige wurde bereits von der Staatsanwaltschaft eingestellt, während gegen ihn selbst ein Verfahren wegen Widerstand eingeleitet wurde. Ebenso erging es zwei weiteren Kinogästen, die Anzeige gegen die Polizei erhoben.

15.5.1978 Unbemerkter Genickschuß

Durch den Schuß des Zivilbeamten Wolfgang Arends wird der Jugendliche Uwe Neumann lebensgefährlich verletzt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen fahrlässiger Körperverletzung. Arends bleibt im Dienst. Über die Beschwerde, über die inzwischen erfolgte Einstellung des Verfahrens, ist noch nicht entschieden.

17.5.1978 Schüsse von hinten

Mit einem „gezielten“ Schuß aus seiner MP verletzte der Oberkommissar Walter Drolshagen den 25-jährigen Bernd Georges lebensgefährlich. Von einem Verfahren gegen den Schützen ist nichts bekannt.

17.9.1978 Bedrohung und Beleidigung bei Kontrolle

Bei einer Polizeikontrolle werden die Mitglieder der Familie Neuhoff beleidigt und bedroht. Der Vater erstattet eine Anzeige wegen Trunkenheit im Dienst und bekommt seinerseits eine Anzeige wegen Beleidigung.

13.5.1979 Schüsse auf Zahnarzt

Auf den Wagen eines Zahnarztes werden ca. 15 Schüsse abgefeuert, weil die Polizei in dem Wagen einen Dieb vermutet. Der Zahnarzt und seine Begleiterin kommen mit dem Leben davon.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt noch, doch die Gefahr besteht, daß es zu keiner Verhandlung kommen wird.

24.5.1979 Nach einem Telefonanruf erschossen

Die Polizei erschießt auf einem stillgelegten Zechengelände den 25-jährigen Lackierer Bernhard Deffner. Angeblich hat er die Polizei selber zu dem Platz gerufen, um eine Rauschgiftangelegenheit zu klären. In dem laufenden Ermittlungsverfahren wurde dem Anwalt der Witwe die Akteneinsicht verweigert. Die Beamten mußten offensichtlich für ihr Verhalten bis jetzt noch keine Konsequenzen tragen.

17.7.1979 Ausländer zusammengeschlagen

Der Türke Mehmet Yildiz wird in Wanne-Eickel von der Polizei getreten, geschlagen und beleidigt, als diese einen Streit schlichten soll. Auch in diesem Fall streitet die Polizei alle Vorwürfe ab.

24.10.1979 Behinderter zusammengeschlagen

Bei einem Polizeieinsatz gegen den Behinderten, Herrn Dombrowski, wurde dieser schwer verletzt. Dombrowski will eine Strafanzeige stellen.

Polizeipräsident Dieter Berndt: „Nach dem Bericht meiner Beamten habe ich nichts zu beanstanden.“

Die Broschüre ist erhältlich über: Bochumer Initiative gegen Polizeibergriffe über Evangelische Studentengemeinde Querenburger Höhe 287 4630 Bochum 1



Am 29. November dieses Jahres begeht das albanische Volk den 35. Jahrestag seiner Befreiung. Seitdem hat es unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens keiner ausländischen Macht gestattet, sich in seine Angelegenheiten einzumischen. Jeder, der es versuchte — seien es die westlichen Imperialisten, die jugoslawische Führung, die Moskauer oder die Pekinger Revisionisten —, bekam eine geharnischte Abfuhr erteilt.

Die Sozialistische Volksrepublik Albanien bewies den Werktätigen und unterdrückten Völkern der ganzen Welt, daß der Aufbau des Sozialismus kein Wunschtraum ist, sondern konkrete Wirklichkeit.

Die KPD/ML wird den 35. Jahrestag der Befreiung Albaniens zum Anlaß nehmen, nach Kräften das einzige wirklich sozialistische Land der Welt unter den deutschen Werktätigen zu propagieren.

Veranstaltung der KPD/ML zum 35.

Jahrestag der Befreiung Albaniens:

Stuttgart: 2.12., 15 Uhr, Stuttgart-Ost,

Gaststätte „Friedenau“,

Rotenbergstraße 127

Veranstaltungen der GFA

Hildesheim: Foto-Ausstellung 20.11. — 2.12. über Häuser, Städte, Monumente in Albanien und DIA-Ton-Vortrag am 1.12. im „Treppchen“ Brauhausstr.

Köln: Dia-Vortrag mit albanischen Liedern, anschließend Diskussion; 6. 12. 79, 19.30 Uhr, Bürgerhaus Vingst, Köln Vingst, Kuthstraße 27

Mit dieser Folge beenden wir die Serie von Reportagen aus der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Wir hoffen, daß sie dazu beigetragen hat, unseren Lesern ein lebendiges Bild vom Leben und vom Kampf der Menschen im einzigen sozialistischen Land der Welt zu vermitteln.

In diesen Tagen feiern die Albaner den 35. Jahrestag ihrer Befreiung. Wir werden später über die Feierlichkeiten berichten. Wie es aber bei einem solchen Fest zugeht in Albanien, das schildert auch unsere letzte Reportage. Ihr Gegenstand ist eine Feier aus Anlaß des Befreiungstages in einem kleinen Ort im südöstlichen Albanien



Manch einer mag wohl in Gedanken versunken sein und sich der Zeit erinnern, die vor 36 Jahren endgültig unterging.

Einige hundert Meter hinter dem Ortsausgang biegt der Zug auf einen kleinen Pfad ein, der sich zu einer Anhöhe empor-schlängelt. Dort oben steht aus Kalkstein gehauen und sehr weiß gegen den hellblauen Himmel das Denkmal des Befreiungskrieges. Junge Pioniere halten zu beiden Seiten die Wacht; sie stehen ernst, fast unbeweglich, die kleinen Hände erhoben und zur Faust geballt. Die Kapelle spielt einen Partisanenmarsch. Aus der Menge, die sich jetzt um das Denkmal versammelt hat, lösen sich einige Genossen und legen ihre Kränze nieder. Schweigend verharren sie für einen Augenblick, heben die rechte Hand und ballen sie zur Faust. Niemand spricht, es wird keine



Eine Lalengruppe führt Tänze aus der Region vor

Reisereportage
SVR ALBANIEN

Ein Feiertag in Leskovik

Als Gott die Erde schon erschaffen hatte, mit Meer und Land und Tälern und Bergen, merkte er, daß er vergessen hatte, die Steine zu verteilen. Wohin damit, wo doch alles schon fertig war und trefflich eingerichtet? Nach sechs Tagen anstrengender Schöpfungsarbeit spürte Gott wenig Lust, lange darüber nachzudenken. Also nahm er all die Steine, wie er sie gerade zu fassen bekam, und warf sie in einem Schwung hinunter auf die Erde. Dort aber, wo der Steinregen niederging, lag die Stadt Leskovik.

Mit dieser Anekdote haben früher die Menschen im südöstlichsten Zipfel Albaniens auf sarkastische Weise die Schöpfungsgeschichte interpretiert. Steine nämlich sind das einzige, mit dem sie stets reich gesegnet waren. Wohin der Blick in dieser kahlen Berglandschaft auch schweift, überall stößt er sich an den großen und kleinen Steinbrocken, an Geröllhängen und Felswänden. Selten nur scheinen mattgrüne Flächen dazwischen durch; und am Horizont leuchtet der ewige Schnee der Berggipfel.

Man sollte meinen, daß die Menschen von Leskovik über all die Jahrhunderte ihren Kampf gegen die Steine abgesehen von der übrigen Welt geführt hätten. Das ist aber nicht so gewesen. Denn wenn auch ihr Landstrich fremden Eroberern wenig zu bieten hat, so liegt er doch in einem Raum, der ein Einfallstor von Griechenland her nach Albanien ist. So waren auch die Menschen hier immer hineingezogen in die Abwehrkämpfe ihres Volkes gegen die Eroberer.

Hinter der Stadt Leskovik erhebt sich nach Süden zu einer mächtigen Felswand, die das Bild dieser Stadt bestimmt. In den Türkenkriegen des Mittelalters hat dort oben ein Bauer mit einigen Hundert Getreuen noch jahrelang Widerstand geleistet, als das übrige Land schon von den Osmanen besetzt war. Als Waffen gegen die Türken, die immer wieder zum Sturm auf diese natürliche Festung antraten, setzten die Bauern das ein, worüber sie im Überfluß verfügten — Steine.

Jahrhunderte später verlief hier durch Leskovik nach Korça hinunter die strategische Verbindungsstraße zwischen dem von Hitler besetzten Griechenland und dem übrigen unter dem Joch der Faschisten stehenden Europa. Und wieder stießen die Besatzer auf

erbitterten Widerstand. Nur, daß es jetzt nicht Steine waren, sondern Kugeln, die ihnen entgegengeschickt wurden. Immer wieder werden die Truppen- und Nachschubkonvois der Nazis von Partisanen überfallen; ihre Bewegungen geraten ins Stocken. Schwer schlägt die faschistische Bestie zu. Dreimal wird die Stadt Leskovik bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Aber dreimal bauen die zähen und mutigen Verteidiger ihre Stadt wieder auf. Und nach dem dritten Mal gibt es hier keine faschistischen Brandstifter mehr. Die Wehrmacht ist niedergeworfen, aus dem Land vertrieben worden; Leskovik ist eine freie Stadt in einem befreiten Albanien.

An diesem Sonntag hat sich die flach unter dem Felsmassiv daliegende Stadt mit Fahnen und Transparenten geschmückt. Trauben von Spaziergängern in Feiertagskleidung fluten hin und zurück über die Hauptstraße. An den Wänden der Häuser mit roter Farbe und an den Berghängen mit Steinen geschrieben steht die Losung: „Es lebe der 15. Mai!“ Heute wird die Befreiung der Region von den Faschisten gefeiert, den Letzten in der langen Reihe der ausländischen Besatzer, die waffenstarr durch diese Berge gezogen sind. Leskovik ist mit seiner Feier dem ganzen Land voraus. Denn während man im November auf nationaler Ebene den 35. Jahrestag der Befreiung des Landes und der Gründung der Volksrepublik begehen wird, zählt man hier schon 36 Jahre, seitdem im Bezirk das Joch der Nazis abgeschüttelt wurde.

Am Partisanendenkmal

Es ist vielleicht zehn Uhr, als sich auf der Hauptstraße langsam ein Demonstrationszug formiert. In der ersten Reihe steht der Genosse Sabri Hoxha, ein Mitglied des Zentralkomitees, das von den Erdölfeldern von Ballsh hierhergekommen ist, um mit den Menschen von Leskovik den Befreiungstag zu feiern. Er trägt, wie einige andere Genossen auch, einen Kranz in der Hand. Eine kleine Blaskapelle setzt sich an die Spitze des Zuges; langsam bewegt er sich die Straße hinauf, die aus dem Ort in die Berge führt. Schweigend gehen die Demonstranten in eng geschlossenen Reihen, Männer und Frauen, Alte und Junge.

Rede gehalten. Und doch ist es so, als würde hier vor diesem Denkmal mit geballter Faust ein gemeinsamer, die Generationen verbindender, stummer Schwur geleistet, der dem Gedächtnis der Gefallenen gilt und die Verpflichtung enthält, ihren Kampf weiterzuführen.

Die Versammlung vor dem Ehrenmal löst sich schnell auf. Die Straßen der Stadt füllen sich wieder mit Menschen, ebenso die Cafés an der Hauptstraße. In einem sitzt auch der Genosse Hoxha und unterhält sich mit den Leskovikern. Man hat einige der kleinen Tische zusammengestellt und ist in ein angeregtes Gespräch vertieft.

Die Kundgebung

Um die Mittagszeit dann setzt sich erneut aus der Stadt ein Zug von Menschen in Bewegung, ein ungeordneter, weit auseinandergezogener diesmal. Es geht auch nicht auf die Berge zu, sondern hinunter in den Talgrund. Dort, auf einer von den unvermeidlichen Felsbrocken durchsetzten Wiese ist eine flaggengeschmückte Tribüne aufgebaut. Der Platz davor ist schon von einer dichtgedrängten Menge besetzt. Immer neue Gruppen stoßen dazu, mancher hat eine rote Fahne oder ein selbstgemaltes Schild mit einer Parole in der Hand. Bauern sind es zumeist, die hier stehen, Mitglieder der verschiedenen Genossenschaften aus der Umgebung.

Oben auf der Tribüne ist der Genosse Sabri Hoxha als Mikrophon getreten; ein großer, schlanker Mann mit einem ernsten Gesicht. Er spricht über die Opfer des Befreiungskampfes, über das neue Leben, das sie mit ihrem Blut erkämpft haben. Er geht auf die Probleme der Gegenwart ein, spricht über die Planaufgaben, lobt die Genossenschaften für ihre Erfolge. Mit großer Aufmerksamkeit folgen die Menschen unten auf dem Platz seiner Rede. Aber es ist nicht etwa mühsenstill hier unten im Talgrund. Immer wieder kommentiert einer der Zuhörer mit kräftiger Stimme die Ausführungen des Genossen, manchmal so laut, daß er den Redner fast übertönt.

Vorn, in einer der ersten Reihen steht ein hochgewachsener, kräftiger Mann. Die Beine leicht auseinandergestellt, die Arme vor der Brust verschränkt beugt er sich leicht vor, um ja kein Wort zu verlieren. Immer wieder hellt sich sein schnurrbartiges Bauernge-

sicht plötzlich auf, er schiebt seine Mütze noch weiter in den Nacken und donnert eine Parole über den Platz. Einige Meter hinter ihm steht eine Gruppe von Jugendlichen, von der auch ständig Bewegung ausgeht. Es sind Oberschüler aus Leskovik, die keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um in Sprechchören ihren Willen zu bekunden, nach der Beendigung ihrer Schule aufs Land zu gehen.

Auf der Tribüne werden jetzt vorbildliche Brigaden ausgezeichnet. Die Bauern, denen die Ehrung gilt, treten vor das Mikrofon. Manchem merkt man es an, daß er es nicht gewöhnt ist, vor einer so großen Menge zu sprechen. Langsam und bedächtig kommen die Worte. Es wird nicht viel über die Erfolge der Vergangenheit gesprochen. Jeder der Bauern, die hier hochkommen, beschwört die Zukunft, die Notwendigkeit, noch größere Anstrengungen für die gemeinsame Sache zu unternehmen. Mit Hochrufen auf die Partei und Enver Hoxha, mit dem Gesang der Internationale aus tausend kräftigen Kehlen klingt die Kundgebung aus.

Musik und Raki

Damit ist jedoch der Feiertag noch lange nicht abgeschlossen. Jetzt kommen Musik und Tanz zu ihrem Recht. Auf dem Platz vor der Tribüne sind Laienkünstler aus den Genossenschaften in ihren bunten Trachten aufgezogen. Sie führen zwei, drei Tänze auf — dann hält es die anderen nicht mehr. Sie wollen nicht nur Zuschauer sein, mischen sich unter die Trachtengruppen, und immer größer wird der Reigen der Tanzenden. Der harte Takt der Trommeln, die Eskapaden der Flöten machen den Tanz zunehmend schneller. Einer versucht jetzt, den anderen auszustechen durch möglichst wilde Drehungen und gekonnte Sprünge. Auch die Ältesten stehen darin nicht zurück. Lange dauert es, bis sich diese wirbelnde Menge wieder aufgelöst hat, bis sich alles auf den Grasflächen im Tal verteilt hat.

Jetzt werden Decken ausgebreitet und darauf erscheint, aus Körben und Tüchern entnommen, die ganze Vielfalt der albanischen Küche. Platten mit kaltem Braten, mit Gemüse und Salaten, Schüsseln mit Obst, Hähnchen und Hammelkeulen, Bleche mit Kuchen und Byrek. Und es wäre kein richtiges Pick-

Fortsetzung auf Seite 10



Gespannt verfolgen die Leskoviker die Rede des Genossen Sabri Hoxha



Der Genosse Sabri Hoxha (links) mit einem Genossenschaftler aus Leskovik



Immer wieder wird auf den Befreiungskampf angestoßen

Grußadresse zum 35. Jahrestag der Befreiung Albaniens

Genossen Enver Hoxha
1. Sekretär des
Zentralkomitees der PAA

Genossen Haxhi Lleshi
Vorsitzender des Präsidiums
der Volksversammlung
der SVRA

Genossen Mehmet Shehu
Vorsitzender des
Ministerrats der SVRA

Liebe Genossen,

zu der großen Feier des 35. Jahrestages der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution sendet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten dem Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens, dem Präsidium der Volksversammlung, der Regierung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, allen albanischen Kommunisten und dem gesamten albanischen Volk die allerherzlichsten brüderlichen Kampfesgrüße.

An diesem Tag richten sich die Blicke aller Genossen unserer Partei, aller Revolutionäre in unserem Land auf Albanien, diesen Granitfelsen an den Küsten der Adria, und sie feiern mit Euch, den albanischen Klassenbrüdern und -schwestern dieses großartige Ereignis. Heller denn je strahlt heute der rote Stern Albaniens in der ganzen Welt. Mehr denn je genießt es die Bewunderung und Achtung der Arbeiterklasse und der revolutionären und freiheitsliebenden Völker aller Kontinente.

Mit dem roten Stern an der Mütze kämpften vor über 35 Jahren die albanischen Partisanen der Nationalen Befreiungsarmee zusammen mit dem gesamten Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Albaniens und des Genossen Enver Hoxha, besiegten in legendären Schlachten die nazifaschistischen Besatzer und die Landesverräter und befreiten — gestützt vor allem auf die eigenen Kräfte — am 29. November 1944 mit der Befreiung Shkodras das ganze Land. Zum ersten Mal erlangte es wirkliche Unabhängigkeit. Damit erfüllten sich jahrhundertalte Bestrebungen des

heroischen albanischen Volkes. Der Sieg im Nationalen Befreiungskampf war zugleich der Sieg der Volksrevolution. Mit den ausländischen Besatzern wurden von der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft die einheimischen Ausbeuter und Unterdrücker hinweggefegt, wurde der alte Staat zerschlagen und auf seinen Trümmern ein neuer Staat, die Volksmacht errichtet. Die Revolution ging unmittelbar in die sozialistische Revolution über.

35 Jahre sind, geschichtlich gesehen, eine relativ kurze Zeitspanne. In diesen 35 Jahren hat Albanien aber Jahrhunderte übersprungen. Aus dem einstigen Armenhaus Europas ist ein blühendes sozialistisches Land, das einzige in der Welt, geworden. Aus einem Land, das 1937 auf einer europäischen Industrieausstellung — von der Welt belächelt — eine Schüssel mit weißen Bohnen ausstellte und in dem die „Industrie“ aus einigen dürftigen Werkstätten bestand, entwickelte es sich zu einem modernen Industrie-Agrarland mit allen wichtigen Zweigen. Malariaverseuchte Sümpfe wurden zu fruchtbaren Ebenen, verkarstete Hügel und Berge zu blühenden Obst- und Olivenplantagen.

Das neue Albanien hat in vielerlei Hinsicht das alte Europa hinter sich gelassen. All die vielen Übel, die die Werktätigen in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern bedrückten, kennt Albanien nicht: keine Krisen, keine Arbeitslosigkeit, keine Preissteigerungen. Ärztliche Versorgung und Schulbildung sind kostenlos, Steuern und Abgaben gibt es nicht. Eine endlose Reihe von Errungenschaften. Überragt wird sie von dem größten Sieg: der Schaffung des neuen Menschen des Sozialismus, des gebildeten revolutionären Kämpfers, der konsequent die marxistisch-leninistische Linie der Partei in die Tat umsetzt.

All diese großartigen Erfolge wurden erreicht dank der korrekten marxistisch-leninistischen Linie der Partei der Arbeit. Unter ihrer Führung bewies Albanien, daß der Sozialismus unter den Bedingungen der imperialistisch-revisionistischen Blockade auch in

einem einzigen — noch so kleinen — Land erfolgreich aufgebaut werden kann, wenn man sich auf die eigenen Kräfte stützt und den Marxismus-Leninismus konsequent anwendet. Auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats hält die Partei der Arbeit nach wie vor daran fest, daß der Klassenkampf gegen die inneren und äußeren Feinde an allen Fronten unerbittlich weitergeführt werden muß und betrachtet ihn als große Triebkraft der Gesellschaft.

Alle Versuche der Feinde, die Macht der Arbeiterklasse zu zerstören, den Kapitalismus wiederherzustellen und sich das Land zu unterwerfen, brachte Albanien mit der Partei an der Spitze zum Scheitern. Nach den Anglo-Amerikanern, nach Tito und Chruschtschow samt seinen Nachfolgern mußte das kürzlich auch die konterrevolutionäre Pekinger Führungsclique erleben. Albanien unterwirft sich keinerlei Großmacht, egal ob sie USA, Sowjetunion, China oder sonstwie heißt.

Der unüberwindliche Schutzwall, an dem alle Angriffe der Feinde zerschellen, ist die eiserne Einheit von Partei und Volk. In ihrer ganzen Kraft zeigte sie sich gerade in diesem Jahr. Das Volk mit der Partei an der Spitze besiegte in nur fünf Monaten in einer gewaltigen revolutionären Aktion die Folgen des Erdbebens. Zugleich erfüllte es sämtliche übrigen Aufgaben erfolgreich und überwand damit die Schwierigkeiten, die durch den feindseligen Akt der revisionistischen chinesischen Führung entstanden waren. Diese Einheit von Partei und Volk ist die Garantie, daß Albanien auf dem vor 35 Jahren eingeschlagenen Weg des Sozialismus und Kommunismus stets vorwärtsmarschiert. Die marxistisch-leninistische Linie der Partei war stets die Linie der Massen.

Albanien zeigte hiermit erneut der Welt, was Sozialismus, was Diktatur des Proletariats bedeutet. Mit der Standhaftigkeit, mit der Albanien die Diktatur des Proletariats, die Wahrheit, den Marxismus-Leninismus gegen alle Fälscher, gegen die Revisionisten aller Schattierungen verteidigt, mit

dem Geist des proletarischen Internationalismus, mit dem es vorbehaltlos den Kampf des Weltproletariats und der unterdrückten Völker, gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen Reaktion und Revisionismus unterstützt, ist Albanien, das sozialistische Bollwerk an der Adria, ein unschätzbarer Quell der Ermutigung und Ansporn im Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten für die Ideale der Freiheit, Demokratie und des Sozialismus.

Liebe Genossen, unsere Partei dankt bei dieser Gelegenheit Eurer Partei, der Arbeiterklasse und dem Volk Albaniens für die Hilfe, die sie mit dem erfolgreichen Aufbau des Sozialismus, mit der Verteidigung der Lehren des Marxismus-Leninismus, mit der Verbreitung der Wahrheit, der Materialien der Partei der Arbeit Albaniens und der Werke des Genossen Enver Hoxha durch Rundfunk und Schrift für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse und übrigen Werktätigen in Ost und West für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland leisten. Bei uns gilt die Devise: von Albanien lernen heißt siegen lernen. Unsere Partei versichert Euch, daß sie stets an der Seite des sozialistischen Albaniens stehen wird und jeden Angriff auf Euch als einen Angriff auf sich betrachtet.

Unsere Partei ist überzeugt, daß Albanien in Anwendung der Beschlüsse des VII. Parteitages der PAA künftig neue, noch größere Siege erringen und der Menschheit weiterhin den Weg des Sozialismus und Kommunismus bahnen wird.

Wir wünschen Euch und allen albanischen Werktätigen „Frohes Fest“. Grund zum Feiern habt Ihr mehr als genug!

Es lebe die Sozialistische Volksrepublik Albanien!

Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Ruhm dem Marxismus-Leninismus!

Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei
Deutschlands/Marxisten-
Leninisten

Ernst Aust, Vorsitzender



Die Festteilnehmer verteilen sich unter den Ölbäumen



An einigen Stellen wird noch getanzt

Ein Feiertag in Leskovik

Fortsetzung von Seite 9

nick, wie es die Albaner so sehr lieben, würde der Raki, der albanische Branntwein, fehlen, der hier in großen Flaschen auf den Tisch — oder genauer gesagt: auf die Decke — kommt. Für eine Weile ist es fast ruhig im Tal, der erste Hunger wird gestillt.

Doch bald schon flackert hier und da Lachen auf. Und es dauert nicht lange, bis sich die Klänge von Mandolinen und Ciftelias darein mischen. Mancherorts wird eine Melodie aufgenommen und Gesang klingt hell auf. Die Sonne steht schon schräg über der Felswand, sie hat jedoch noch ihre wärmende Kraft. Tagelang hatte es zuvor geregnet, aber heute am Feiertag ziehen nur einige behäbige Schäfchenwolken über den Berg hin.

Es dauert nicht lange und das ganze Tal kommt wieder in Bewegung. Die Albaner lieben zwar das Picknick über alles, sie mögen dabei aber nicht für sich allein sein. So beginnt denn jetzt jede Familie, die hier lagert, auf die Wanderschaft zu gehen und andere befreundete Familien aufzusuchen. Nun hat ja jede von ihnen mit all ihren Decken, Kissen, Körben und Tablettts einen bestimmten Platz im Tal belegt. Nähert man sich aber diesem Platz, so verfällt man unweigerlich allen Gesetzen der albanischen Gastfreundschaft, wie sie etwa auch für den gelten, der ein fremdes Haus besucht.

Das Haupt der Familie steht schon am Rande seines Reviers,

die Raki-Flasche in der einen, ein Glas in der anderen. Hinter ihm hält sich die Hausfrau bereit, um zu einem Stück Braten, einem Happen Byrek oder doch wenigstens einem Brocken Schafskäse zu nötigen. Und was den Raki betrifft, so bleibt es selten bei einem Glas. Denn wie es in Albanien üblich ist, wird das Trinken nicht mit einem knappen „Prost!“ erledigt, sondern Gastgeber wie Gast sprechen sich gegenseitig Glückwünsche für die Familie und die Arbeit aus. Und es fehlt auch selten ein Trinkspruch auf die Partei und Enver Hoxha.

Lange noch, bis in den Abend hinein, wird hier im Talgrund von Leskovik gefeiert. Lange noch klingen Lachen und Gesang, klingen die Instrumente, zu denen sich auch ein Akkordeon gesellt hat. Es ist eine unvergleichliche Mischung, eine Einheit von Familienfest und politischer Kundgebung. Die Menschen von Leskovik haben heute ihrer Gefallenen gedacht und ihren Willen bekräftigt, geführt von der Partei weiter unerschütterlich auf dem Weg des Sozialismus voranzuschreiten. Gleichzeitig haben sie fröhlich und gelöst im Kreise ihrer Familien, ihrer Kollegen und Genossen gefeiert. Und das Geheimnis des Übereinstimmens dieser beiden Elemente liegt ganz einfach in der Tatsache, daß diese Menschen vor 36 Jahren ein für alle Mal Schluß mit den alten Herren und dem alten Leben gemacht, daß sie begonnen haben, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE	
13.00-13.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW
21.30-22.00	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW



Genosse Enver Hoxha, der Führer der Partei der Arbeit Albaniens, mit einem Veteranen des Nationalen Befreiungskrieges

Gierek gibt Bankrotterklärung ab

Die kapitalistische Krise in Polen verschärft sich

Neuer Auftrieb für reaktionäre Kräfte

WARSAU. — Auf volkstümlich wollte es Edvard Gierek, der erste Sekretär der revisionistischen Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei seinen Mitgliedern beibringen: Bei der Versammlung seiner Parteiorganisation in Sosnowice beteuerte er, die wirtschaftlichen Probleme des Landes „raubten ihm den Schlaf“.

Die Schuldigen für seine schlaflosen Nächte hatte er auch bereits gefunden: die Arbeiter. Sie arbeiten zu wenig, verlangen zu viel und wehren sich gegen Entlassungen. Das einzige, was an den ganzen Beteuerungen des Pseudokommunisten Gierek wahr ist, ist die Tatsache, daß sich die polnische kapitalistische Wirtschaft in einer tiefen Krise befindet.

Immer neue Maßnahmen hatten die Leute der Gruppe um Gierek ergriffen, um in den letzten Jahren verstärkt eine kapitalistische Wirtschaft aufzubauen. Mit einer jährlichen Steigerung der Investitionen um 18,4 Prozent in den Jahren von seiner Machtübernahme 1970 bis 1975, sollte die Wirtschaft modernisiert werden. Aber modernisiert wurde nur in den Betrieben, die Profit abwerfen, und auch nur auf Kosten der Arbeiter.

Drei große Unglücke in polnischen Kohlezechen forderten in den letzten Monaten über 60 Tote und Verletzte. Bei dem letzten dieser Fälle, vor wenigen Tagen, mußte selbst die revisionistische polnische Parteiführung zugeben, in den Gruben würde ohne Rücksicht auf die Arbeiter rationalisiert. Das ruft einen immer heftigeren Widerstand der Arbeiterklasse hervor. In den 150 größten Betrieben des Landes kam es in den letzten vier Monaten überall zu Streiks und anderen Kampfmaßnahmen.

In großen Teilen der Industrie, besonders im Konsumgüterbereich aber, wurde gar nicht investiert, weshalb die Versorgung mit Gebrauchsgütern des Alltags seit längerem nicht mehr gedeckt ist — eine Situation, die sich in den letzten Wochen zugespitzt hat.

Im Lande steigert sich die Inflation immer mehr, und die Versorgung wird immer knapper. Das ist nicht zuletzt Ergebnis der sogenannten Reformen der letzten Wochen und Monate, die eine weitere Intensivierung der offenen Wiedereinführung des Kapitalismus bedeuteten.

Ein Plenum des Zentralkomitees der revisionistischen polnischen Arbeiterpartei im Juli dieses Jahres hatte bereits beschlossen, mehr als 3000 kleine und mittlere Betriebe der Industrie (mit je bis zu 500 Arbeitern) aus der zentralen Planung herauszunehmen und sie voll den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen. Handelsminister Kolinow hatte bereits im letzten Jahr angekündigt, 1979 sollten über 10000 private Handwerksbetriebe gegründet werden, die von vornherein nicht vom Zentralplan erfaßt sein sollten.

Und vor kurzem beschloß das 16. Plenum des ZK der Gierek-Partei weitere Reformen in dieser Richtung, die „die Rolle des Geldes erhöhen“ sollen, was heißt: Teuerung für die Waren, die die Werktätigen benötigen, und verschärfte Einführung neuer Lohnarten in den Betrieben, die der Rationalisierung angepaßt sein sollen. Diese Einführung neuer Lohnarten war auch der zweite Grund für die zahlreichen Streiks der letzten Monate.

Eine dritte Ursache für die Unruhen der letzten Zeit waren die Änderungen der Sozialgesetzgebung. Sie sehen als Kernstück die Erhöhung der Beiträge für die Altersrente vor, was besonders unter den kleinen Bauern starken Widerstand hervorrief.

Ruinierung der kleinen Bauern

Die Situation der polnischen Landwirtschaft hat sich in den letzten Monaten ebenfalls drastisch verschlechtert. Der neue Plan der Gierek-Regierung, Musterwirtschaften für Spezialkulturen einzuführen, bedeutet die weitere Ruinierung der kleinen Bauern zugunsten der Großgrundbesitzer, deren größter die katholische Kirche ist.

Die polnische Landwirtschaft, deren mangelhafte Produktion einer der Hauptgründe für die Unzufriedenheit in den Städten ist, da sie vor allem die Versorgung mit Fleisch nicht garantieren kann, ist aber, entgegen der Propaganda der westdeutschen Presse, keinesfalls ein Beispiel für die Leistungsunfähigkeit der kollektivierten sozialistischen Landwirtschaft: 77 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe sind private Bauernhöfe! Und in dieser kapitalistisch organisierten Landwirtschaft wird jetzt — wie früher oder später in jedem kapitalistischen Land — durch die Einführung der Musterbetriebe das Bauernlegen, die Ruinierung breiter Massen armer Bauern organisiert.

Während die Gierek-Polizei gegen die verschiedenen Milchablieferungsboykotts der kleinen Bauern rigoros vorging und auch die Streiks in den Betrieben massiv unterdrückte, tummeln sich die schwärzesten reaktionären Kräfte in aller Offenheit. Die faschistischen Träume von einem „Großpolen“ werden heute in der polnischen Öffentlichkeit unbehindert herausposaunt.

Bei den Kundgebungen zum 11. November, dem Jahrestag der Wiedegründung Polens

1918, trat neben dem bereits seit längerer Zeit bekannten „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung“, das eher sozialdemokratisch orientiert ist, auch die „Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte“ ans Tageslicht. Deren Sprecher, Czuma und Ziemiński, vertraten offen die Lösung von einem Großpolen. Sie forderten die Gierek-Leute auf, bei diesen Feiern auch für jene Ukrainer und Weißrussen zu sprechen, mit denen man in Polen zwischen den Kriegen (also nach dem Feldzug gegen die Leninsche Sowjetunion von 1920, der mit dem Raub eines Teils der Ukraine endete) in einem Staat zusammengelebt habe. Sie kündigten eine nationale Kandidatur zu den Wahlen zum polnischen „Sejm“ (Parlament) an. Ebenso wurde in den letzten Tagen ein „christlich-nationaler Studentenverband“ gegründet.

Und diese Kräfte des Faschismus, der Reaktion und des Vatikan finden Anhang auch unter einfachen werktätigen Menschen, weil die kapitalistische Krise, die heute Polen erfaßt hat, keineswegs nur auf der Grundlage innerer Ursachen entstanden ist.

Polen im Würgegriff des Imperialismus

Während der letzten Monate zum Beispiel trieben die sowjetischen Sozialimperialisten, Oberherren Polens, die Preise für Energierohstoffe, bei denen Polen nahezu vollständig von der UdSSR abhängig ist, astronomisch in die Höhe. Aber auch die Verschuldung gegenüber den westlichen kapitalistischen Ländern ist ungeheuer gestiegen und beträgt längst über 30 Milliarden US-Dollar.

Der US-Dollar — die USA sind Polens Hauptkreditgeber — ist durch die Einrichtung der 400 sogenannten Pewex-Läden zu einer zweiten Währung geworden, mit der gegen den polnischen Zloty spekuliert wird, der in den beiden letzten Jahren gegenüber dem Dollar fast sechzig Prozent an Wert

verloren hat.

So steht die Gierek-Clique heute unter mehrfacher Feuer. Die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung führen einen harten und recht starken Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage durch die neuen Wirtschaftsreformen, gegen die wachsende Inflation und die mangelnde Versorgung.

Die Kräfte der äußersten Reaktion, aufgepuscht von der Propagandareise des Papstes Wojtyla durch Polen und finanziert von Kreisen, die die Interessen des USA-Imperialismus vertreten, verlangt vom Gierek-regime eine eindeutige Abgrenzung von den sowjetischen Sozialimperialisten und Polens Hinwendung zum Nato-Block.

Die sowjetischen Sozialimperialisten ihrerseits verschärfen den ökonomischen Druck auf Polens Wirtschaft, um die eigenen Profite zu steigern, und verlangen gleichzeitig von Gierek härtere Maßnahmen gegen die offene Reaktion — nicht weil sie gegen die Reaktionäre wären, sondern weil diese Kräfte heute direkt proamerikanisch und antigroßrussisch auftreten.

Der USA-Imperialismus und der westdeutsche Imperialismus, sowie auch die italienischen Monopolherren verstärken den wirtschaftlichen Druck



Heute, neun Jahre später, zeigt es sich deutlich, daß der neue Kapitalismus in Polen der werktätigen Bevölkerung keine Verbesserung gebracht hat, im Gegenteil: Käuferschlangen gibt es überall im Lande.

auf Polen durch immer neue Abkommen und Kredite ebenfalls immer mehr.

Und innerhalb der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei schließlich fanden in letzter Zeit mehrere Konferenzen statt, auf denen die Regierung von sogenannten „systemtreuen Kritikern“ hart wegen der Wirtschaftspolitik kritisiert wurde — ein Ausdruck davon, daß innerhalb der Partei Gruppie-

rungen bestehen, die Gierek ebenso schnell absetzen wollen, wie sie ihn einst, beim Sturz Gomulkas durch die Kämpfe der Arbeiter 1970 aus der Versenkung geholt hatten.

Diese Konstellation der Kräfte, die jede neue Entwicklung explosiv machen kann, wird denn auch der wahre Grund sein für Edvard Giereks schlaflose Nächte.

Die Krise zwischen USA und Iran

Demonstrationen gegen den US-Imperialismus

In vielen Ländern Asiens

THEHERAN/HAIDERABAD. — In der letzten Woche kam es in zahllosen Städten verschiedener Staaten Asiens zu Demonstrationen und Kundgebungen gegen den USA-Imperialismus. Von Izmir in der Türkei über syrische Orte, Pakistan, Bangladesh bis zu den indischen Städten Kalkutta und Haiderabad reichte die Geographie dieser Massenaktionen. Nicht nur die Finanzkönige der New Yorker Wallstreet selbst, sondern auch die verschiedenen Regime der arabischen Feudalen und der diktatorischen Regime in Mittelasien reagierten auf diese Massenausbrüche mit Panik.

Die aggressive Haltung des USA-Imperialismus gegen den Iran, die offene rassistische Hetzkampagne in den USA selbst und in den mit den USA verbündeten westeuropäischen Staaten, gegen die Völker der Iran und alles Moslems waren der Auslöser dieser gewaltigen Aktionen.

Die unklare Lage in Bezug auf die Frage, wer hinter dem Überfall auf das Heiligtum des Islam, die Moschee von Mekka, steht, kompliziert die Situation noch mehr.

Während die mit den USA-Imperialisten verbündeten arabischen Feudalen die Taktik verfolgen, diesen terroristischen Akt den Khomeiny-Leuten in die Schuhe zu schieben, nutzen diese wiederum dasselbe Ereignis dazu aus, ihren Glaubenskrieg gegen alle „Heiden“ zu fordern, und so auf ihre Art die antiimperialistische Bewegung in den asiatischen Ländern zu diffamieren.

Währenddessen verstärken die USA ihre militärische Präsenz im Persischen Golf und auf der arabischen Halbinsel immer mehr. Die Alarmbereitschaft wurde auf die gesamten Flotten des Pazifischen und Indischen Ozeans ausgedehnt.

Neben dem größten US-Flugzeugträger „Midway“ ist jetzt auch der zweitgrößte „Kitty Hawk“ in diese Region abkommandiert, und am Wochenende setzten Transportflugzeuge vom Typ „Hercules“ amerikanische Sondereinheiten in Saudi-Arabien ab, die, als Zivilisten verkleidet, faktisch die Besetzung der Ölfelder durchführten.

Die westliche Propaganda bemüht sich in diesen Tagen hauptsächlich darum, den Eindruck zu erwecken, es ginge nur darum, daß die Khomeiny-Leute alle Moslems zum Kampf gegen den Westen aufhetzen wollten.

Der wahre Grund für die breiten Bewegungen in den verschiedenen genannten Ländern aber ist nicht dieser oder jener aktuelle Anlaß oder Aufruf aus dem Iran. Kennzeichen aller durchgeführten Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Botschaften usw. der USA war die immer wieder erhobene Forderung nach dem Rückzug des USA-Imperialismus aus den betreffenden Ländern. Der Haß breiter Teile der Völker dieser Länder, der weit über islamische Kreise hinausreicht, ist durch die aggressive neokolonialistische Politik des US-Imperialismus gegenüber den Ländern Asiens

begründet. Washingtons Achsenpartner in Peking, Hua Guofeng, sorgte sich denn auch bereits darum, daß diese neuen Entwicklungen zum Abnehmen des Einflusses der USA in Asien führen könnten, wie belgische Politiker nach einem Gespräch mit ihm der Presse mitteilten.

Die gewaltigen Kundgebungen der letzten Woche, an denen sich über eine Million Menschen beteiligten, haben auf jeden Fall — wer ihre Organisatoren auch sein mögen — die herrschenden Reaktionäre in Angst und Schrecken versetzt. Pakistans Militärdiktator Zia jedenfalls hatte nichts Besseres zu tun, als sich sofort bei den USA zu entschuldigen, während die herrschende Clique Indiens gegen die Demonstranten ihr übliches Mittel einsetzte, und massiv ihre paramilitärischen Polizeieinheiten mobilisierte.



Kalkutta: Polizei geht gegen Demonstranten vor der US-Botschaft vor.



1970 schlug eine Welle des Protestes über der revisionistischen Partei zusammen: Demonstranten brannten Parteihäuser ab. Mit großen Versprechungen trat daraufhin Gierek an die Spitze der Partei.



Seit dem Erdbeben ist in Montenegro nicht viel geschehen. Viele Stadtbezirke sind seither gesperrt — „Geisterstädte“ wie hier der zerstörte „Waffenplatz“ von Kotor.

Montenegro sieben Monate nach dem Erdbeben

„An Aufräumarbeiten ist nicht viel auszumachen“

Am Ostersonntag, den 15. April dieses Jahres, erschütterte ein heftiges Erdbeben die südlichen Regionen Jugoslawiens und den Norden Albanien. Mehr als hundert Menschen starben, Tausende wurden verletzt, Hunderttausende obdachlos; ganze Dörfer und Altstädte fielen in sich zusammen. Doch während in Albanien bis Oktober alle Schäden beseitigt wurden, bietet Montenegro, mehr als ein halbes Jahr nach der Katastrophe, immer noch ein Bild der Verwüstung.

„Seit einem halben Jahr leben hier die Menschen in Zelten, und an Aufräumarbeiten ist nicht viel auszumachen“, schreibt ein Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, der kürzlich Montenegro bereiste, über ein zerstörtes Dorf am Skadarska-See. Und in den andern betroffenen Gebieten, Dörfern und Städten sieht es nicht anders aus. Die alten traditionellen Wohnbezirke von Kotor, Budva und Ulcinj sehen wie Geisterstädte aus; die Wasser- und Stromversorgung ist immer noch zerstört; das Betreten der Bezirke ist verboten. Die Menschen hausen in Notunterkünften; nur ganz wenige leben in wirklich reparierten Häusern.

Die Patienten im Krankenhaus von Kotor etwa werden die nächsten Jahre in Hilfsbaracken zubringen müssen. Das alte Krankenhaus, ein Neubau, hat zwar dem Erdbeben standgehalten, aber die dünnen Innenwände wurden in Mitleidenschaft gezogen. Es wäre durchaus möglich gewesen, die Schäden zu reparieren. Aber nun wird erst einmal überlegt, ob man nicht doch ein völlig neues erdbebensicheres Spital

errichtet. Die Verantwortlichen „überlegen“. Sie sitzen in warmen und trockenen Zimmern!

Über die tatsächlich in Montenegro ergriffenen Maßnahmen schreibt der Korrespondent der *Süddeutschen* folgendes: „In Jugoslawien wird das Wort ‚Solidarität‘ groß geschrieben. In der zerstörten, heute menschenleeren Altstadt von Budva an der Adria drückt sich diese Eigenschaft so aus: Eine ‚Solidaritätsbrigade‘ aus Bosnien, acht Mann stark, räumt mit Hilfe einiger Schubkarren Schutt weg. Für vier Wochen hat man sich verpflichtet; eine davon ist, leider, erst abgedient. Anstrengend sei es, und Mädchen gebe es auch keine. Aber immerhin werden auf diese Weise in Budva wenigstens Trümmer weggeräumt. Das ist nicht überall so. In der Altstadt von Ulcinj, 70 Kilometer weiter südlich, hat sich seit dem Ostersonntag nichts getan. Allerdings sind schon viele Kommissionen gekommen, haben die Schuttberge bestiegen, Erschütterung gezeigt und Hilfe in Aussicht gestellt.“

Man muß wissen, daß es praktisch nicht nur keinen Neu-

aufbau, sondern meist sogar nicht einmal Pläne für den Neuaufbau gibt. Der Plan etwa für den Neuaufbau von Budva ist frühestens im nächsten Mai zu erwarten. — So sind die von der Erdbebenkatastrophe Heimgekehrten weitgehend auf sich gestellt. Zwar können die Betroffenen vom jugoslawischen Staat einen Wiederaufbaukredit von umgerechnet 35 000 Mark zu zwei Prozent Zinsen und mit einer Laufzeit von 20 Jahren bekommen. Doch für diesen Kredit muß man gewisse Bedingungen erfüllen, unter anderem muß man einen amtlich genehmigten erdbebensicheren Wiederaufbauplan für sein Haus vorlegen können. Und Bauen schließlich in den städtischen Gebieten kann man nur, wenn für den gesamten umliegenden Wohndistrikt ein Gesamtplan vorliegt. Den aber gibt es — siehe Budva — noch nirgends, und der wird auch noch mindestens ein weiteres halbes Jahr auf sich warten lassen.

Der Korrespondent der *Süddeutschen* macht für die unverändert mißliche Lage im Erdbebengebiet von Südjugoslawien unter anderem eine angeb-

lich phlegmatische und fatalistische Mentalität der werktätigen Bevölkerung verantwortlich. Der wahre Grund aber ist die revisionistische und bürokratische Organisation der jugoslawischen Gesellschaft, die eine kapitalistische Gesellschaft ist. Montenegro — wie auch Friaul in Italien — steht da als Sinnbild für die Unfähigkeit einer kapitalistischen Gesellschaft, Naturkatastrophen angemessen zu begegnen und unter Anspannung der gesellschaftlichen Kräfte die Folgen für die Betroffenen erträglich zu machen, ihnen alle Hilfe bei der Überwindung der Schäden an die Hand zu geben. In einer kapitalistischen Gesellschaft kommt nach der Naturkatastrophe eine zweite: die gesellschaftliche. Und wenn da angesichts der deprimierenden Zustände Einzelne resignieren, so ist das nur zu verständlich; es ist aber nicht die Ursache des Elends, sondern dessen Folge. Anders ist die Lage aller-

dings jenseits der Grenze, im sozialistischen Albanien. Sogar der *Süddeutsche*-Korrespondent kommt nicht umhin, die dort erzielten Erfolge in seinem Artikel zu vermerken. Und die Bewunderung dringt noch durch den ironischen Stil seiner Sätze, durch das Bemühen, das albanische Vorgehen lächerlich und anrüchig zu machen, hindurch: „Andere Vorstellungen von dem, was Sozialismus sei, haben die südlichen Nachbarn der Montenegriner, die Albaner. Deren oberster Chef, Enver Hodscha, zog ein halbes Jahr lang alle Menschen, die er für verfügbar hielt, aufs Land, und das waren im Prinzip alle, speziell aber Studenten und Schüler. Stolz meldete Hodscha nun, ein halbes Jahr nach der Erdbebenkatastrophe, die auch Albanien schwer getroffen hatte, die Errichtung von Tausenden von Häusern, die Wiederinstandsetzung alter Stadtviertel, kurz, die Beseitigung aller Schäden.“

Das Porzellan der Zaren

Was sind die geheimen Wünsche, die stillen Gedanken und die verborgenen Lüste der alternden Führer der heutigen Sowjetunion? — Einmal Zar sein? Am Tisch des Zaren tafeln? Eine Ballnacht durchleben von altem Glanz? Einmal am Porzellan schlecken, an das schon seine Majestät der Zar und sein Gefolge von Höflingen, Popen und Mätressen die blaublütigen Lippen gelegt haben?...

Grigoi Romanow, seines Zeichens Chef der Parteiorganisation von Leningrad und Mitglied des Politbüros, ließ sich für die Hochzeit seiner Tochter einen besonderen Clou einfallen: Er „entlieh“ sich aus den staatlichen Kunstschatzen der Leningrader Eremitage ein Speiseservice aus der Sammlung der Zarin Katharina der

Großen. Die Wogen dieser feudal dekorierten Hochzeit schlugen allerdings etwas hoch: Ein Teil des kostbaren Porzellans ging zu Bruch. Die Sache wurde ruchbar. Grigoi Romanow fürchtete nun um seine Ämter.

Die Situation der heutigen Sowjetführer ist wahrhaft tragisch. Da haben sie sich seit der Zerschlagung der Arbeitermacht eine Herrlichkeit errungen wie weiland die alten Zaren; sogar deren Luxusartikel und Kostbarkeiten stünden ihnen zu Diensten — sie aber können sie nicht froh und unbeschwert benutzen. Denn da ist dieses verdammte Etikett „Kommunist“, das sie haben beibehalten müssen, um das Volk zu täuschen. Unversehens werden sie wieder darauf gestoßen, und wenn es durch das Porzellan der Zarin Katharina ist, das sie zerschlagen haben.

Traurige Angelegenheit

Vor rund 350 Jahren war dem Wissenschaftler Galilei für die Entdeckung, daß sich die Erde um die Sonne dreht, von der päpstlichen Inquisition der Prozeß gemacht worden. Unter Androhung von Folter und Tod war Galilei gezwungen worden, seine wissenschaftlichen Erkenntnisse zu widerrufen. — Nun soll er — einer päpstlichen Ansprache zufolge — rehabilitiert werden. Soll! Denn rehabilitiert hat ihn die Kirche bis heute nicht.

Der Papst versprach, daß diese *traurige Angelegenheit* —

Galilei — durch Sachverständige von Grund auf behandelt werde, damit ein für allemal der Verdacht einer Abneigung gegenüber der Wissenschaft vertrieben werde, den die Kirche bis heute nicht abzuschütteln vermocht habe.

Wie werden diese Sachverständigen diesen Verdacht zu zerstreuen versuchen? Werden sie uns erzählen, daß die Inquisitoren vielleicht aus Liebe zur Wissenschaft Galilei die Folterinstrumente gezeigt haben? — Traurige Angelegenheit!



Samstag, 1. Dezember, 20.15 Uhr, West III

Ich war, ich bin, ich werde sein. Dokumentarfilm aus dem Jahr 1974 (DDR) mit Aufnahmen aus einem chilenischen Konzentrationslager.

Sonntag, 2. Dezember, 15.05 Uhr, ARD

Als Hitler das rosa Kaninchen stahl. Fernsehspiel von Nigel Kneale nach dem gleichnamigen Roman von Judith Kerr. Der Film setzt sich mit dem Schicksal von Kindern in der Nazizeit auseinander.

Montag, 3. Dezember, 21.15 Uhr, ARD

Ein Mythos will nicht sterben. Bericht von André Libik über die französische Fremdenlegion. In den Plänen der imperialistischen Politiker Frankreichs spielt diese berühmte Landsknechtstruppe (Vietnam, Algerien) immer noch eine bedeutende Rolle. Besonders vor dem Hintergrund der neueren Ereignisse in Afrika — Kongo, Zentralafrika — dürfte der Film einige interessante Informationen vermitteln.

Montag, 3. Dezember, 23.00 Uhr, ARD

Der Ankläger. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1977. — In der französischen Zentrale eines multinationalen Konzerns gerät das leitende Management außer sich, als die Belegschaft mit anonymen Anklageschriften gegen die inhumane Geschäftspolitik überschwemmt wird. Der Spielfilm ist eine sarkastisch-bizarre Satire auf die Umtriebe der Macht in höchsten Konzernetagen.

Mittwoch, 5. Dezember, 22.45 Uhr, ZDF

Fuhrmann Henschel. Fernsehspiel nach einem Drama des sozialkritischen und realistischen Dichters Gerhard Hauptmann (1862 - 1946). Gerhard Hauptmann hat in seinen Werken neue soziale Themen aus dem Kapitalismus, verbunden mit einer kritischen Schilderung des bürgerlichen Verfalls, gestaltet; als erster deutscher Dichter hat er das Proletariat (zwar meist als leidende, aber auch als rebellierende Masse) in gültiger künstlerischer Gestaltung auf die Bühne gestellt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich
DM 60.-

☐ halbjährlich
DM 30.-

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML / REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98,

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.